

GIORGIO VACCARINO

DIE WIEDERHERSTELLUNG DER DEMOKRATIE
IN ITALIEN (1943–1948)

Die antifaschistischen Parteien und der 25. Juli 1943

Am 25. Juli stürzt in Italien das faschistische Regime. Die hohen Funktionäre des Großrats stimmen in der stürmischen Nachtsitzung vom 24. auf den 25. Juli mehrheitlich für den von dem ehemaligen Justizminister Dino Grandi eingebrachten Antrag, der Mussolini das Vertrauen entzieht und den König auffordert, „den Oberbefehl über die Streitkräfte und die oberste Entscheidungsgewalt selbst zu übernehmen“. Freilich denken sie nicht daran, den Faschismus zu stürzen, sie haben vielmehr die Absicht, das Regime und sich selbst zu retten, wenn erst einmal die Person des „Duce“ ausgeschaltet ist¹.

König Viktor Emanuel III. geht über die Pläne der faschistischen Opposition hinaus; als sich am Sonntag, dem 25. Juli, Mussolini zur üblichen wöchentlichen Audienz bei ihm einfindet, läßt er ihn verhaften und beauftragt Marschall Pietro Badoglio mit der Bildung einer neuen Regierung. Das faschistische Regime fällt zusammen wie ein Kartenhaus; die einen fliehen, die anderen suchen dem König und seiner neuen Regierung ihre Loyalität zu bekunden, doch keiner leistet Widerstand. Nie hätte man geglaubt, daß die Grundlagen des faschistischen Staates, der Italien zwanzig Jahre lang tyrannisiert und im Gefolge Hitlers in den sinnlosesten und unpopulärsten aller Kriege gestürzt hatte, so durch und durch morsch und kompromittiert waren.

Dem Anschein nach spielte sich alles so ab wie bei einer Palastrevolte, deren Anstifter die verschworenen faschistischen Politiker und die verschworenen Generale des königstreuen Heeres waren, und bei der praktisch der König den Staatsstreich führte. Die zweite dieser Verschwörungen stimmte höchstwahrscheinlich ihre Aktionen nicht auf die erste ab, machte sich diese vielmehr zunutze, denn sie ging über sie hinweg und erschütterte deren Erwartungen zutiefst.

Man hat denn auch des öfteren behauptet, der Staatsstreich vom 25. Juli sei nur das Ergebnis einer „Palastrevolte“ gewesen, in die kein Impuls von außen, d. h. von den Kräften der antifaschistischen Parteien gedrungen sei, die sich im Lande ja bereits wieder organisierten. Der gängigen Geschichtsschreibung zufolge blieben sie außerhalb und unbeachtet. Luigi Salvatorelli hat gesagt, daß es noch in der ersten Hälfte des Jahres 1943 keine revolutionären Kräfte gab, die in der Lage gewesen wären, den faschistischen Staat aus den Angeln zu heben², und Leopoldo

¹ Zum Gesamtverlauf des Sturzes des Faschismus vgl. vor allem Ruggero Zangrandi, 1943, 25 luglio–8 settembre, Milano (Feltrinelli) 1964; und Gianfranco Bianchi, 25 luglio, crollo di un regime, Milano (Mursia) 1963.

² Luigi Salvatorelli, Situazione interna e internazionale dell'Italia nel primo semestre del

Piccardi, Staatsrat und Minister im Kabinett Badoglio, bestätigt: „Nie vor dem Sturz des Faschismus gab es in Italien den weitverbreiteten revolutionären Geist, von dem man sich einen Umsturz des Mussoliniregimes hätte erwarten können.“³

Nach meinen Untersuchungen und Befragungen unter den Hauptbeteiligten scheint mir, als sei da etwas hinzuzufügen und als sei die beklagte Nichtteilnahme der antifaschistischen Kräfte am Staatsstreich zumindest revisionsbedürftig⁴.

Bis zum 20. Juli 1943 war der König unentschlossen, ja, er war gegen den Sturz Mussolinis. Nicht nur in den ersten Junitagen schien er noch bereit, Mussolini zu stützen; am 18. des Monats rühmte er dessen Intelligenz und Fähigkeiten in einem Gespräch mit seinem Feldadjutanten, General Puntoni⁵, und am 14. Juli fürchtete er um das Leben des „Duce“, der vorhatte, sich an die sizilianische Front zu begeben⁶. Noch am 19. Juli nach der Zusammenkunft in Feltre – bei der Mussolini Hitler hätte erklären sollen (aber nicht den Mut dazu aufbrachte), daß er gezwungen sei, sich aus dem Bündnis zu lösen – verfaßte der Generalstabschef, General Ambrosio, einen Entwurf für die Zusammenarbeit mit den Deutschen zur gemeinsamen Abwehr der angloamerikanischen Invasion⁷, und am Tag darauf reichte er aufgrund von Unstimmigkeiten mit Mussolini sein (später wieder zurückgenommenes) Rücktrittsgesuch ein⁸: ein sonderbares Verhalten für das Haupt einer Verschwörung, die ihn vielleicht von einem Moment zum anderen brauchte.

Am 21. Juli traf von Graf Acquarone, dem Minister des Königlichen Hauses, im Namen des Königs bei General Castellano (in Abwesenheit Ambrosios) der Befehl ein, die geplante Verhaftung Mussolinis am Montag, dem 26. Juli, vorzunehmen, wenn Mussolini sich, wie gewöhnlich jede Woche, zum König begäbe. Mussolini verlegte diesen Besuch auf den Sonntag (25.) vor.

Was hatte den König am 20. oder 21. Juli umgestimmt? Nicht die Sitzung des faschistischen Großrats, die ja noch bevorstand und nur sehr vage geplant war; nicht die Generäle, wenn der Generalstabschef tags zuvor noch soweit war, sein Amt niederzulegen – oder zumindest nicht sie allein. Beides reichte nicht aus; hinzu kam der Druck, der vom Antifaschismus und von den Arbeitermassen im Land ausging.

Seit den ersten Monaten des Jahres 1943 hatten sich zwei klare Positionen im Lager des italienischen Antifaschismus abzuzeichnen begonnen: die Position derer, die zum Sturz des Faschismus mit Massenbewegungen rechneten, wie sie mit den

1943, in: *Il movimento di liberazione in Italia*, hrsg. v. Istituto Nazionale per la storia del Movimento di Liberazione in Italia, Milano, No. 34–35 (1955), S. 10–11.

³ Leopoldo Piccardi, *A dieci anni dal 25 luglio*, in: *Il Ponte* (Florenz), Juli 1953, S. 915.

⁴ Vgl. G. Vaccarino, *Problemi della Resistenza italiana*, Modena (Soc. Tipografica Editrice modenese) 1966, S. 30ff.

⁵ Paolo Puntoni, *Parla Vittorio Emanuele III*, Milano (Palazzi) 1958.

⁶ *Ebenda*.

⁷ Frederick W. Deakin, *Die brutale Freundschaft, Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus*, Köln 1962, S. 483.

⁸ R. Zangrandi, a. a. O., S. 99.

Märzstreiks in den Großstädten des Nordens bereits begonnen hatten; und die Position jener, die auf die Initiative des Königs und sogar noch auf intakte Verfassungsgarantien vertrauten und – mit einer förmlichen, aber höchst fragwürdigen Absetzung des Diktators – die unabsehbaren Folgen von Massenunruhen vermeiden wollten.

Es verwundert nicht, daß die katholischen und liberalen Kräfte, die stärker in Rom als in Mailand oder Turin vertreten waren, die zweite der erwähnten Positionen stützten, die des Bündnisses oder des dynastischen Kompromisses. Es mag aber seltsam anmuten, daß die Kommunisten auf der gleichen Linie lagen; sie dachten, keine Volksbewegung in Italien könne ohne die Teilnahme des Heeres gelingen: und da es sich nur auf Befehl des Königs hätte mobilisieren lassen, kamen sie Ende Mai nach Rom, um sich mit den Führern der Liberalen und Monarchisten zu treffen, die ihnen den Weg zu den Generälen hätten ebnen und den Quirinal auf den großen Schritt hätten einstimmen sollen⁹.

Die kommunistische Mission, die zunächst von dem Turiner Professor Ludovico Geymonat und später von Concerto Marchesi, Professor an der Universität Padua, geleitet wurde, war eigentlich erst relevant vor dem Hintergrund der Märzstreiks, die in Regierungs- und Hofkreisen düstere Ahnungen beschworen hatten¹⁰.

Die Kommunisten kamen nicht mit leeren Händen nach Rom: einerseits brachten sie den Revolutionsterror mit – die Märzstreiks konnten nur ein Vorgeschmack dafür sein – und zum anderen das Angebot an den König, die Entscheidung über die zukünftige Staatsform bis Kriegsende zu verschieben. Als Gegenleistung forderten sie von der Krone, die Teilnahme der Kommunistischen Partei an einer späteren Regierung bindend zu garantieren, selbst wenn es sich nur um *ein* Ministerium handeln sollte.

Die Aushandlung eines Stillhalte-Abkommens in der Staatsformfrage, das die Kommunisten in der besagten Weise vorschlugen, wurde mir durch das briefliche Zeugnis des Professors Carlo Antoni von der Universität Rom bestätigt. An ihn hatte sich Marchesi im Namen der Partei gewandt; er sollte das Angebot der Kommunisten der Prinzessin Maria José, der Schwiegertochter des Königs, überbringen, deren Vertrauen Antoni genoß; sie wiederum sollte es dem König übermitteln. „Bedingung für die Zusammenarbeit war die Forderung der Kommunisten“ – so präzierte Antoni –, „mit einem einzigen Ministerium in der Regierung vertreten zu sein.“ Die Kommunistische Partei ihrerseits „sicherte loyalste Zusammenarbeit bis zum Friedensschluß zu“¹¹.

Nachdem die kommunistischen Abgesandten nach Mailand zurückgekehrt waren, ohne mit den militärischen Führern unterhandelt zu haben – vielleicht aus Widerstreben, vielleicht weil es den monarchistischen Liberalen unmöglich war, die gewünschten Kontakte zu vermitteln –, beschloß die Führung des PCI (Partito Comu-

⁹ G. Vaccarino, a. a. O., S. 171 ff.

¹⁰ Ebenda, S. 175 ff.

¹¹ Ebenda, S. 41.

nista Italiano – Kommunistische Partei Italiens), die anderen Parteien auf die revolutionäre Aktion zu verpflichten, falls die Einigung über ein gemeinsames Handeln mit Militär und Krone nicht zustandekommen sollte. Das Wirken der Kommunisten hatte jedenfalls am Vorabend des Staatsstreichs die beiden Blöcke des italienischen Antifaschismus wieder zusammengeschweißt: den revolutionären des Nordens und den gemäßigten der Hauptstadt.

Die eben genannte Eröffnung, mit der der Kommunist Geymonat am 20. Juli nach Rom kam, brachte ihm denn auch die Versicherung der liberalen und monarchistischen Senatoren Bergamini und Casati ein, daß – sollte bis Sonntag, dem 25., die Krone keine Initiative ergriffen haben, Mussolini zu stürzen – sie sich die Handlungsfreiheit vorbehalten würden, mit einer großen Anhängerschaft aus den liberalen Kreisen der Hauptstadt sich der Politik der antifaschistischen Front anzuschließen. Was am 25. passierte, ist bekannt.

Man bedenke nun, daß der König genau einen Tag nach der Ankunft Geymonats in Rom den Militärs durch Acquarone befahl, die geplante Verhaftung Mussolinis vorzunehmen. Sicher wußte der König von der Drohung der Front, und es ist bekannt, wie sehr er die Vorstöße der „Roten“ fürchtete, besonders jetzt, wo sie begannen, einen Keil in die Gruppe der ihm treu ergebenen Senatoren zu schlagen. Der Faschismus und Mussolini konnten zwar lange ertragen werden, aber nicht so lange, bis sie etwa das Schicksal der Krone auf's Spiel setzten. Jetzt schienen die Republikaner und die Roten der Krone den Rang abzulaufen, an der Spitze einer Volksbewegung, die vielleicht auch vom Heer unterstützt wurde; das lassen auch die Erklärungen erkennen, die Badoglio einer Vertrauensperson gegenüber abgab¹².

Der Staatsstreich vom 25. Juli war also ein Akt zur Aufrechterhaltung der Monarchie, so wie es gegen die Gefahren, die dem König im eigenen Land drohten, andere in seiner Laufbahn gegeben hatte (z. B. den Eintritt in den Ersten Weltkrieg, den das Parlament nicht gebilligt hatte, den aber die Masse der Kriegsbefürworter drohend forderte; oder die Aufhebung des Belagerungszustands am Vorabend des 28. Oktober 1922, des Tages der Machtergreifung durch Mussolini unter dem Druck seiner Sturmtruppen, die von den Militärs mit abwartendem Wohlwollen beobachtet wurden). Die Straße hatte dem König schon immer Sorgen gemacht. Und jetzt waren die Arbeitermassen die Straße; im März hatten sie bereits einen Beweis ihrer Entschlossenheit geliefert, und im Juli 1943 konnten sie, vielleicht ohne daß das Heer dagegen auftrat, zusammen mit den Liberalen und den Monarchisten als Verbündeten an den Grundfesten des Throns rütteln.

Kaum war Mussolini ausgeschaltet, da beauftragte der König Badoglio, eine neue Regierung aus Sachverständigen und Militärs zu bilden, hielt jedoch die antifaschistischen und sogar die liberalen Politiker der vorfaschistischen Zeit fern, die für ihn „Gespenster der Vergangenheit“ waren.

¹² G. Cassinelli, *Appunti sul 25 luglio 1943*, Roma (SAPPI) 1944, S. 22.

Er behielt sich hingegen vor, die Exponenten des gerade gestürzten Faschismus so bald wie möglich wiederzuverwenden. Und wirklich vergingen nur wenige Tage, da beklagte er sich am 27. Juli bei dem Altliberalen Soleri, daß „man allzu rasch die bestehenden Institutionen zerstören und die Männer des Faschismus entfernen wolle“¹³, und am 15. August bestätigte er Puntoni, daß man „mit ungeeigneten Maßnahmen der Monarchie Männer entfremdet habe, die ihr eine echte Hilfe hätten sein können“¹⁴.

Gegen die unsichere Außenpolitik der neuen Regierung, die – nachdem sie den Faschismus gestürzt hatte – sich dagegen sträubte, sich vom deutschen Verbündeten loszusagen, um den faschistischen Krieg zu beenden, und gegen den ausdrücklichen Willen des Königs, das Führungspersonal und die Strukturen des Faschismus so weit wie möglich zu retten, schlossen sich die antifaschistischen Parteien, die sich offiziell nicht neu organisieren durften, enger als in den Monaten zuvor zu einer „nationalen Front“ zusammen. Sie stellten sich dem italienischen Volk mit Proklamationen vor, die den unmittelbar bevorstehenden Frieden und die Bildung einer das Volk repräsentierenden Regierung feierten, einer Regierung also, die aus ihnen selbst hätte bestehen müssen.

Werfen wir einen kurzen Blick auf diese Kräfte.

Die antifaschistischen Katholiken konnten mit einer breiten Gefolgschaft in der Katholischen Aktion rechnen. Sie hatte es – nach der „Versöhnung“ von 1929 zwischen Kirche und faschistischem Staat, die damals beiden Teilen vielversprechend erschienen war – 1931 zum ersten Konflikt zwischen faschistischem Regime und Vatikan kommen lassen. Viele hatten auf ihrer Aktivseite die Erfahrung im Partito popolare (Volkspartei) und die Kämpfe im Parlament bis 1926. Während des faschistischen Regimes hatten sie sich im Untergrund in den Gruppen der „expopolari“ (ehemalige Volksparteiler) und der „neo-guelfi“ (Neuwelfen) organisiert; in den ersten Monaten des Jahres 1943 hatten sie sich wieder zusammengefunden, um eine neue katholische Partei mit dem Namen „Democrazia Christiana“ zu gründen; und nun, Anfang Juli, waren sie dazu entschlossen, gemeinsam mit allen anderen antifaschistischen Parteien zu handeln. Unmittelbar nach dem 26. Juli verbreiteten sie in einer Einmillionenaufgabe ein programmatisches Flugblatt, das in ganz Italien verteilt wurde. Die neue katholische Partei hatte außenpolitisch einen europäischen Staatenbund im Auge, der sich auf das Prinzip überstaatlicher Gemeinschaft gründen sollte, und verfocht die substantielle Unantastbarkeit der Lateranverträge von 1929. In der Innenpolitik sah sie die Aufteilung Italiens in Regionen vor, denn das Bestreben nach Dezentralisierung und Verwaltungsautonomie war weitverbreitet; sie proklamierte die Wahrung des Privateigentums, aber zugleich durch Gewinnbeteiligung den Einbezug der Arbeitnehmer in den Produktionsprozeß¹⁵.

¹³ Marcello Soleri, *Memorie*, Torino (Einaudi) 1949, S. 256.

¹⁴ P. Puntoni, a. a. O.

¹⁵ G. Bianchi, *I cattolici*, in: L. Valiani, G. Bianchi, E. Ragionieri, *Azionisti, cattolici e comunisti nella Resistenza*, Milano (F. Angeli Ed.) 1971, S. 163–164.

Die Liberalen verfügten damals noch nicht über eine organisierte Partei, so wie sie die Katholiken gerade aufbauten; vor allem aber fehlte ihnen die breite Unterstützung im Land, die den Katholiken die weitverästelte Katholische Aktion bot. Hauptsächlich aus der gemäßigten Tradition des Risorgimento und der Zeit danach hervorgegangen, basierte ihr Wiederaufbauprogramm auf dessen Erfolgen und Vorbild. Sie betonten die Notwendigkeit, die vofaschistische Demokratie wiederherzustellen, gegen die Erneuerungsbestrebungen, die unterschiedlich stark von den Linken und sogar von einigen, der Arbeiterbewegung am nächsten stehenden Gruppen der sehr heterogen zusammengesetzten katholischen Partei ausgingen. Ihr Ansehen beruhte auf der ruhmreichen Vergangenheit von Männern wie Croce, Einaudi, Soleri, Casati, Bergamini, auf die ein Teil des gemäßigten Antifaschismus bekanntlich seine Hoffnungen setzte, den König dahin zu bringen, den Faschismus zu liquidieren – die der König aber in seiner engstirnigen Eigenbrötelei (und trotz allem mit eifersüchtiger Besitzergewißheit) als Larven aus der Vergangenheit beiseiteschob. Die hinlänglich bekannte Überzeugung Croces bestimmte das Handeln der Gruppe: der Faschismus sei nichts weiter als eine ausklammerbare Phase in der Geschichte Italiens, eine Krankheit, die einen im ganzen gesunden Körper befallen habe. Und wenn diese Krankheit erst einmal überwunden sei, dann brauche man nur auf dem Weg des alten liberalen Italien weiterzugehen, da es nichts zu ändern gäbe gegenüber dem Italien vor 1922.

Den Liberalen und auch den Christdemokraten ging es demnach nicht um eine revolutionäre Erneuerung, sondern nur darum, den Faschismus niederzukämpfen und Italien seine Freiheit wiederzugeben, ohne den präfaschistischen Staat aus den Angeln zu heben¹⁶. Auch die Sozialisten konnten sich auf eine große Tradition berufen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte¹⁷; sie konnten mit einer breiten Anhängerschaft bei den Arbeitern rechnen und sie verfügten über erfahrene politische Führer und eine Zeitung *L'Avanti* (Vorwärts), die in der Schweiz und in Frankreich gedruckt wurde und dort weitverbreitet war. Aber noch anfällig in ihrer Organisation, hatten sie 1941, fast als wollten sie diese Schwäche wettmachen, ihren alten Aktionspakt mit dem PCI erneuert; und dies bedeutete mit dem Verzicht der sozialistischen Seite auf jede reformistische Ideologie auch „die Überwindung jedes Konkurrenzdenkens innerhalb der Arbeiterbewegung“, denn es galt das Wunschbild von der Einheit der Arbeiterklasse¹⁸. Sie schleppten einen unheilbaren Minderwertigkeitskomplex gegenüber der stärkeren Arbeiterpartei mit sich herum – eine Haltung, die noch viele Jahre lang die Ungezwungenheit ihres Verhaltens und ihre freien Entscheidungen beeinträchtigen sollte –, sie hätten ganz anders und schöpferischer auf die Zeit nach dem Widerstand einwirken können.

¹⁶ Federico Chabod, *L'Italia contemporanea (1918–1948)*, Lezioni alla Sorbona, Torino (Einaudi) 1961, S. 107; deutsche Ausgabe: *Die Entstehung des neuen Italien, Von der Diktatur zur Republik*, Reimbek b. Hamburg 1965, S. 102.

¹⁷ Vgl. Gaetano Arfè, *Storia del socialismo italiano (1892–1926)*, Torino (Einaudi) 1965.

¹⁸ Gabriele De Rosa, *I partiti politici*, in: *Dieci anni dopo*, Bari (Laterza) 1955, S. 195.

Die vorgefaßte Überzeugung ihrer Mehrheit, sie würden von der Arbeiterklasse abgeschnitten, wenn sie nicht unter allen Umständen ihr Handeln auf das der Kommunisten abstimmten, trug in sich bereits den Keim für die späteren Parteisplaltungen und – zum Schaden des italienischen Volkes – die eigentliche Unfähigkeit der sozialistischen Partei, eine tragende Rolle bei der Wiederherstellung der Demokratie in Italien zu spielen, eine Rolle, zu der sie geschichtlich berufen war in einem – auch geographisch bestimmbaren – Raum des Ausgleichs zwischen den Kräften der „Großen“.

Erst im August 1945 gaben sich die Sozialisten eine festere Organisationsform, als sich die traditionellen Kräfte der Partei mit den kompromißloseren und dynamischeren der proletarischen Einheit versöhnten: von daher stammt der neue Name PSIUP (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria – Sozialistische Partei Italiens der Proletarischen Einheit), den sie für einige Jahre tragen sollte.

Die Kommunistische Partei war die einzige, die von sich sagen konnte, in den Wechselfällen des Faschismus ihre ständige Organisation beibehalten zu haben, mit einer stabilen Führung im Ausland und einem Netz höchst aktiver Kader und militanter Mitglieder im Inneren, die dem herrschenden Regime nicht wenig zu schaffen machten, das mit zahlreichen Prozessen und harten Strafen reagierte. Der PCI hielt sich aus der antifaschistischen „Konzentration“ heraus, die sich 1927 in Frankreich gebildet hatte und von den Kommunisten als „bürgerlicher Block“ verachtet wurde; sie stellten ihm den von ihrer proletarischen Avantgarde angeführten „Arbeiterblock“ entgegen. Nach der Machtergreifung Hitlers näherte sich der PCI den Sozialisten, mit denen er 1934 einen gemeinsamen Aktionspakt schloß, den er periodisch erneuerte, je nach dem Auf und Ab der sich widersprechenden Ereignisse (wie dem Pakt Molotow–Ribbentrop vom August 1939, der ihn eine Zeitlang unterbrach). Die Kommunistische Partei weitete nach und nach ihre Bündnisse aus, stellte auch nicht mehr irgendwelche Bedingungen bei „unreinen“ Verschwägerungen, weil sie immerhin nützlich sein konnten für ihre Politik der nationalen Einheit, die sie ununterbrochen verfolgte, nachdem die UdSSR im Juni 1941 von Deutschland angegriffen worden war.

Ein Rundschreiben des Pariser Auslandsbüros des PCI vom 20. März 1942 legte den Kadern in Italien „eine Politik der Arbeiterklasse“ nahe, „die sich von der des ersten Kriegsabschnitts unterschied“¹⁹, und das bedeutete, wie Togliatti auf dem V. Parteitag 1945 erklären sollte, die Entwicklung einer „recht breiten und vorurteilsfreien Bündnispolitik, die sich alle Rettungsversuche der monarchistischen Kräfte und der alten Führungsschichten zunutze machen sollte“; diesen sollte man das einstweilige Auf-sich-Beruhelassen der Staatsformfrage anbieten, um die „Teilnahme der Monarchisten und der Republikaner am gemeinsamen Kampf“ zu erreichen²⁰.

¹⁹ G. Vaccarino, a. a. O., S. 187.

²⁰ Per la libertà e l'indipendenza d'Italia, Relazione della direzione del Partito comunista italiano al V Congresso, Roma (Soc. ed. L'Unità) 1945, S. 52.

Genau diese Politik sollte der PCI, wie wir sahen, im darauffolgenden Jahr, nach den Frühjahrsstreiks 1943, verfolgen – mit dem Ziel, den Sturz des Faschismus nicht nur als Palastrevolte vorzubereiten sowie zugleich die eigene Beteiligung an der künftigen Regierung sicherzustellen. Eben diese Politik sollte die kommunistische Partei auch in den folgenden Jahren weiterverfolgen, wobei ihr vorurteilsloser Realismus auf den Widerstand einiger anderer Parteien der Koalition stieß.

Unter diesen war der „Partito d'azione“ (Aktionspartei) am kompromißlosesten in der Verfolgung seiner republikanischen und demokratisch revolutionären Ziele; zugleich war er eine Neuheit im Lager der antifaschistischen Parteien. Er hatte sich 1942 durch den Zusammenschluß mehrerer Gruppen gebildet: der Bewegung „Giustizia e Libertà“ (Gerechtigkeit und Freiheit, die 1929 aus dem liberalen Sozialismus Carlo Rossellis hervorgegangen war), des Liberalsozialismus Guido Calogeros und Aldo Capitinis und jener Gruppe von Intellektuellen, die sich auf den liberalen Revisionismus Piero Gobettis und seine „Rivoluzione liberale“ (liberale Revolution) beriefen. Diese drei Bewegungen hatten Sozialismus und Liberalismus einer kritischen Prüfung unterzogen und versuchten eine Synthese daraus zu ziehen, allerdings mit einigen Nuancen: „Giustizia e Libertà“ legte die Betonung auf den Begriff Sozialismus, während die Bewegung um Gobetti sich eine wagemutig anmutende revolutionäre Aufwertung des Liberalismusbegriffs vorstellte und damit den hergebrachten italienischen Führungsschichten den Kampf ansagte, die unfähig seien, in die Zitadelle des Staates die erneuernden Kräfte der Arbeiterbewegung hineinzulassen und mit ihnen die historischen Mängel des Risorgimento zu überwinden²¹.

Zusammen mit den Kommunisten hatten viele Anhänger von „Giustizia e Libertà“²² im Exil gelebt, waren zahlreich der spanischen, von General Franco angegriffenen Republik als Freiwillige zu Hilfe geeilt oder hatten in Italien Gerichte und faschistische Gefängnisse bevölkert und sich dabei manchmal wie eine erneuerte sozialistische Partei der Zukunft verhalten. Ohne volkstümliche Tradition hatte die Aktionspartei trotz ihres intellektuellen Ansehens keine große Anhängerschaft bei den Massen. Sie konnte diese auch nicht durch ihre tatkräftige und sehr erfolgreiche Teilnahme am Partisanenkrieg erringen, so daß sie nach der Befreiung sehr bald die bittere Isolierung erkennen mußte, in der sie geblieben war. Das führte in der damaligen politischen Lage zu ihrer Auflösung; sie ging zu einem guten Teil in den anderen Parteien der demokratischen Linken auf.

Diese fünf Parteien (zu denen für Rom und den Süden noch die verschwindend kleine Democrazia del lavoro – die Demokratie der Arbeit – kam), zusammengeschlossen in einer nationalen Front, drängten in den 45 Tagen des Kabinetts Badoglio die Regierung des Königs zum Bruch und zur Umkehrung der bestehen-

²¹ G. Vaccarino, a. a. O., S. 55.

²² Zur Entwicklung dieser Bewegung in der Vorkriegszeit vgl. vor allem Aldo Garosci, *La vita di Carlo Rosselli*, Roma (ed. U.) o.J.; und ders., *Gli intellettuali e la guerra di Spagna*, Torino (Einaudi) 1959.

den Bündnisse. Sie wurden darin von den aufbegehrenden Volksmassen unterstützt, von den Anglo-Amerikanern aber schlecht belohnt; denn die italienischen Städte wurden von ihnen gerade in den Augusttagen 1943 stark bombardiert, als das Volk in den Straßen für die Beendigung des Kriegs demonstrierte.

Der Partito d'azione war damals der Vorposten im antifaschistischen Lager. Nach dem Staatsstreich hielt er es für seine Pflicht, die anderen Parteien von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich radikal gegen die Regierung des Königs zu stellen. Er war überzeugt, daß das Badoglio-Regime nichts weiter war als ein geschickt vorgehaltener Schild, hinter dem mit der Monarchie all die alten „fortschrittsfeindlichen Kräfte herrschten und handelten“²³, die es zu neutralisieren galt, um den Befreiungsprozeß sicher voranzubringen. „Nur wenn es uns gelungen wäre“ – bemerkte Ugo la Malfa –, „die Frage nach der künftigen Staatsform klar und deutlich zu stellen, bevor die Monarchie von den Engländern und den Amerikanern die Garantie für ihr Überleben und vom Land selbst die stillschweigende Billigung dafür erhielt, wäre es möglich gewesen, das italienische Volk frei zwischen Monarchie und Republik wählen zu lassen.“²⁴

Die Kommunisten hingegen – trotz starker Spannungen in den Arbeitermassen, die zu kontrollieren sie sich anschickten – „zeigten sich“ – Bonomi zufolge – „gegenüber der Regierung Badoglio vernünftig, geschmeidig, dazu bereit, alle Möglichkeiten auszunutzen“²⁵. Eine mühsam erstellte Umfrage des „Istituto per la storia del movimento di liberazione in Italia“ ist in diesem Zusammenhang zu dem Schluß gekommen, daß „die Haltung der kommunistischen Führungsgruppe sich zusammenfassen läßt als Versuch, die Unzufriedenheit und den Protest an der Arbeiterbasis zu organisieren, und ebenso als Vermeidung des endgültigen Bruchs mit Badoglio und den antifaschistischen Anregungen weniger unzugänglichen Regierungskreisen“²⁶. Der Drang der Kommunisten nach einem Ministersessel, der sich schon seit der ersten Hälfte des Jahres 1943 abzeichnete, paßte in die Ziele der sowjetischen Außenpolitik dieser Jahre: in den osteuropäischen Ländern Aufstieg zur Macht mit allen Mitteln, und – im Gegensatz dazu – in den Ländern Westeuropas Teilnahme an der Macht durch eine umsichtige Kompromißpolitik; eine Folge des bekannten Prozesses zur Aufteilung von Einflußzonen unter den „Großen“, der damals konkrete Gestalt anzunehmen begann.

Vom Waffenstillstand zum Widerstand

Aber nach der Krise vom 8. September 1943 – nicht mehr nur einer Krise des faschistischen Regimes, sondern des italienischen Staates –, als der insgeheim

²³ Leo Valiani, *Il Partito d'Azione*, in: L. Valiani, G. Bianchi, E. Ragionieri, *Azionisti, cattolici e comunisti*, a. a. O., S. 61.

²⁴ Ebenda, S. 60.

²⁵ Ivanoe Bonomi, *Diario di un anno*, Milano (Garzanti) 1947, S. 49.

²⁶ *L'Italia dei quarantacinque giorni, 1943, 25 luglio–8 settembre* (Hefte des „Il Movimento di liberazione in Italia“), Milano 1969, S. 139.

schon am 3. September in Sizilien unterzeichnete, aber erst am 8. September von den anglo-amerikanischen Alliierten verkündete Waffenstillstand Heer und Volk den deutschen Repressalien aussetzte, da sah sich das Comitato di liberazione nazionale (nationale Befreiungskomitee), in das sich die Front der antifaschistischen Parteien verwandelt hatte, vor das Problem der legalen Machtnachfolge gestellt. Der völlige Zusammenbruch des Landes, Folge der persönlichen Verantwortlichkeit des Königs, und die Aufgabe der Hauptstadt durch den König und seine Regierung ohne vorausgehende Koordinierung der eigenen Streitkräfte zeigten deutlich den Verfall der legitimen Macht.

Die drei Linksparteien (Sozialisten, Kommunisten, Partito d'azione) beschworen in einer Sitzung des Befreiungskomitees vom 28. September die Aufhebung der königlichen Vorrechte. Der Partito d'azione forderte durch Ugo La Malfa energisch die sofortige Abschaffung der Monarchie. Die Sozialisten schlossen sich ihm an, und auch die kommunistische Partei bestätigte diesmal durch Scoccimarro, daß die für den Befreiungskampf notwendige geistige Einheit des Landes sich um den König und Badoglio nicht bilden könne, weshalb sie „ausgeschaltet“ werden müßten²⁷.

Obwohl die anderen Parteien im Befreiungskomitee anfangs dagegen waren, mit einer unmittelbaren Aufhebung der königlichen Vorrechte den späteren Volksentscheid zu präjudizieren (den auch die Alliierten auf Anregung des inzwischen zwanzig Jahre alten Antifaschismus für das Kriegsende zugestanden hatten), unterzeichneten sie am 16. Oktober 1943 endlich doch einstimmig eine Botschaft des CLN (Comitato di liberazione nazionale) an das Land. Darin wurde die Bildung einer außerordentlichen Regierung gefordert, die Ausdruck der politischen Kräfte sein sollte, die beständig gegen die faschistische Diktatur gekämpft und seit September 1939 sich gegen den Nazikrieg gestellt hatten. Eine solche Regierung hätte „all die verfassungsmäßigen Machtbefugnisse des Staates übernehmen . . . den Befreiungskampf auf seiten der Vereinten Nationen führen . . . das Volk mit Ende der Feindseligkeiten zu den Wahlen rufen sollen, bei denen über die Staatsform zu entscheiden wäre“²⁸.

Der Erneuerungswille der antifaschistischen Kräfte war nach dem 8. September so stark, daß zum ersten Mal – und ich möchte sagen, auch zum letzten Mal – die Einheit innerhalb der CLN von den fortschrittlichsten Positionen her bestimmt wurde²⁹.

Sogar die liberalen Kreise, die sich um den Philosophen Benedetto Croce scharten (dessen Treue zur Monarchie als Institution nicht in Abrede gestellt werden konnte),

²⁷ Carlo Ludovico Ragghianti, *Disegno della Liberazione Italiana*, Pisa (Nistri-Lischi) 1954, S. 45.

²⁸ Franco Catalano, *Storia del CLNAI*, Bari (Laterza) 1956, S. 70.

²⁹ Guido Quazza, *La resistenza italiana*, Torino (Giappichelli) 1966, S. 20. Über Art, Funktion und Rechtsnatur der CLN vgl. Mario delle Piane, *Funzione storica dei Comitati di Liberazione nazionale*, Firenze (Le Monnier) 1946; Guido Quazza, Leo Valiani, Edmondo Volterra, *Il Governo dei CLN*, Torino (Giappichelli) 1966.

befürworteten die Abdankung des Königs, um die Monarchie zu retten und ihr die Chance zu geben, nicht mit in der moralischen Verurteilung unterzugehen, die den regierenden König und zum Teil auch dessen Sohn getroffen hatte. Sie verurteilten „das neofaschistische Regime Viktor Emanuels und Badoglio“ und stimmten den Entschlüssen des am 28. und 29. Januar 1944 in Bari abgehaltenen Kongresses der Befreiungskomitees zu, in denen die Dringlichkeit der Abdankung des Königs und der Bildung einer demokratischen Regierung betont worden war³⁰.

Auch die amerikanischen Alliierten hatten sich, vor allem nach dem Bericht Adlai Stevensons vom Januar 1944, der von den Parteien vorgeschlagenen Lösung geneigt gezeigt und kein Geheimnis daraus gemacht, in welchem Mißkredit der König Italiens und Badoglio bei ihnen standen³¹.

Aber die sich verhärtende Haltung der Monarchie, die Begünstigung des Königs und Badoglio durch den britischen Alliierten – trotz anderer Ansicht Roosevelts³² –, vielleicht auch der immer noch zu geringe Druck auf den König, abzudanken und den Kompromiß einer Statthalterschaft seines Sohnes zu akzeptieren, den schon de Nicola vorgeschlagen hatte, hatten zur Folge, daß Anfang April die Lage noch unverändert war. So wurde vom Partito d'azione und den Sozialisten in einer bewegten Sitzung des Ausschusses der antifaschistischen Parteien der Vorschlag eingebracht, nicht mehr länger zu zögern, alle Befreiungskomitees, Gewerkschaften und die antifaschistischen Organisationen zu mobilisieren, um zur Formierung einer außerordentlichen Regierung zur Befreiung des Landes zu schreiten. Dieser Regierung hätten alle verfassungsmäßigen Machtbefugnisse des Staates übertragen werden sollen, und sie hätte bei Kriegsende die freie Entscheidung des Volkes über die zukünftige Staatsform gewährleisten sollen³³. Aber nicht alle Parteien stimmten dem zu.

Die Situation war so weit gediehen, als der Führer der Kommunisten, Palmiro Togliatti (der aus der UdSSR zurückgekehrt war), vor dem Parteiausschuß am 3. April in Salerno erklärte, daß er derartige revolutionäre Vorhaben nicht billigen könne, da sie wegen der Verbindung mit den Alliierten nicht opportun seien. Für den PCI sei der König nur eine Person, keine Institution, und der Zeitpunkt seiner Entfernung eine reine Formfrage. Die Einheit des italienischen Volkes im gemeinsamen Kampf müsse oberste Bedingung aller Entscheidungen sein, deshalb wünsche der PCI die sofortige Bildung einer neuen Regierung, an der alle antifaschistischen Parteien beteiligt sein sollten – ohne irgendwelche Vorbedingungen gegenüber Marschall Badoglio³⁴.

Damit kamen die Dinge endlich wieder in Bewegung. Die neue Regierung Badoglio bildete sich gegen Ende April 1944 unter Beteiligung auch der anderen

³⁰ Depesche von Croce-Sforza an Eden, Cordell Hull, Molotow vom 31. Januar 1944, *La Giunta esecutiva dei partiti antifascisti nel Sud (Gennaio-Aprile 1944)*, in: *Il Movimento di liberazione in Italia* No. 28–29 (1954), S. 47.

³¹ Norman Kogan, *Italy and the Allies*, Harvard Univ. Press. 1956 S. 56, 178.

³² Ebenda, S. 57.

³³ *La giunta esecutiva dei partiti antifascisti*, a. a. O., S. 94.

³⁴ Ebenda, S. 97–99.

Koalitionsparteien, die nolens volens sich auf die Dauer nicht linker und kompromißloser verhalten konnten als die Kommunisten. Der König seinerseits versprach, seinen Sohn Umberto als Statthalter einzusetzen und selbst abzdanken, verschob jedoch die Verwirklichung dieses Plans bis zu dem Tag, an dem Rom befreit sein würde³⁵.

Als Erklärung für den kommunistischen Coup (der eigentlich nur scheinbar einer war, wenn man sich die wiederholten Beispiele einer subtilen Gleichgewichtspolitik vergegenwärtigt) muß man die gerade eingetretenen Veränderungen der internationalen Lage sehen. Am 14. März 1944 hatte die UdSSR offiziell die Regierung Badoglio anerkannt und mit ihr wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen³⁶. Der PCI hatte sich mit seinem überraschenden Schritt also den Erfordernissen der sowjetischen Außenpolitik angepaßt, die deutlich werden ließ, daß ihr an einer Präsenz im Mittelmeerraum und einer aktiveren Teilnahme an der politischen Kontrolle dieses Gebiets gelegen war. Außerdem erhielt der Krieg, den die antifaschistischen Kräfte Italiens nun begannen, durch die Bildung dieser Regierung erst konkrete Entfaltungsmöglichkeiten, die das Mißtrauen der Alliierten abbauen und die Bedingungen für eine Politik der Zusammenarbeit und der Hilfe schaffen konnten.

Aber mit diesem Kompromiß von Salerno zerbrach auch die Solidarität der CLN. Die Einheit der nationalen Kräfte, auf die sich der PCI berief, wurde mit dem Opfer der politischen Einheit des CLN erkaufte, und dieses Opfer bedeutete eine Verkehrung der gesamten Widerstandspolitik. Der italienische Widerstand war in den Augen der meisten Beteiligten nicht nur entstanden, um die Deutschen zu vertreiben (wie das in Belgien, in Holland und sogar in Frankreich der Fall gewesen war), sondern um in Italien eine Demokratie entstehen zu lassen, die Ausdruck des antifaschistischen Kampfes sein sollte sowie ein offener Bruch mit dem alten Staat mit all seinen historischen Widersprüchen, die zum Faschismus geführt hatten. Das politische Problem des Widerstands bestand in seiner Weigerung, die politische und die Rechtsnachfolge des alten Staats anzutreten, und in seiner Suche nach einer neuen Legitimation, die sich nicht aus der Vergangenheit herleitete. Die Beteiligung des Widerstands an einer monarchistischen Regierung unter

³⁵ Diese Verpflichtung des Monarchen war das Ergebnis der Verhandlungen, für die er, wie Togliatti erklärt hatte, überhaupt kein Interesse aufbrachte; vgl. Agostino Degli Espinosa, *Il regno del Sud*, 8 settembre 1943–4 giugno 1944, Roma (Migliaresi) 1946, S. 324; sie wurden von den Liberalen geführt und in aller Eile bekanntgegeben, damit nicht durch Togliattis Schritt das ganze eroberte Terrain wieder verlorenging: „Wir haben also das beschleunigt“ – schrieb Croce in sein Tagebuch, „was wir bereits beschlossen hatten, d.h. die Bekanntgabe des von De Nicola unternommenen Schritts – in Übereinstimmung mit den Liberalen – und der vom König übernommenen Verpflichtung. So ersetzen wir die Grundlage, die die Kommunisten erklären, legen zu wollen, durch eine andere, unsere, die wir in aller Stille gelegt haben, und die deutlich überlegen ist, weil sie die Frage um die Person des Königs nicht umgeht, sondern löst.“ Benedetto Croce, *Quando l'Italia era tagliata in due*, Estratto di un diario (luglio 1943–giugno 1944), Bari (Laterza) 1948, S. 99.

³⁶ A. Degli Espinosa, *Il regno nel sud*, a. a. O., S. 307 ff.

Badoglio bedeutete eine offensichtlich konservative Lösung dieses Problems und hatte den endgültigen Verzicht auf die eigene revolutionäre Legitimation zur Folge. „Die erste Kampfphase“ – schrieb der Aktionsparteilerner Riccardo Lombardi – „schloß eindeutig zugunsten der Gemäßigten: die republikanische Vorbedingung wurde zurückgestellt und die verfassungsmäßige Neuordnung des Staates aufgeschoben bis nach der Befreiung des Staatsgebiets.“³⁷

Und doch konnte die Lage auch für ausländische Beobachter damals schon reif erscheinen für eine Vorwegnahme der radikalen Lösung der Staatsformfrage. So hat der amerikanische Historiker Kogan, der in einer anderen Studie³⁸ die Kompromißlosigkeit der Mitglieder des Partito d'azione als zu wenig realistisch verurteilt, den Kompromiß in der Staatsformfrage vom April 1944 als fatale Schwächung der Einheitsfront des CLN bezeichnet. Man hätte sie vermeiden können, wenn alle Parteien gemeinsam hart geblieben wären, so daß sie mit Roosevelts Hilfe auf Churchill hätten Druck ausüben können, anstatt „dem Kommunistenführer zu erlauben, sich seiner eigenen Partei zu bedienen, als sei sie ein Instrument der russischen Politik, sie zu spalten und zu zwingen, eine Lösung zu akzeptieren, die voll ernster Gefahren für die künftige Demokratie war“³⁹.

Mit der Befreiung Roms im Juni 1944 wurde das in die Tat umgesetzt, was in Salerno vereinbart worden war. Mit der Abdankung des Königs gingen dessen Vorrechte auf seinen Sohn über, den man zum Statthalter ernannte. Marschall Badoglio erklärte seinen Rücktritt, und der Präsident des CLN, der ehemalige Reformsozialist Ivanoe Bonomi, übernahm den Posten des Ministerpräsidenten in der neuen Regierung.

Doch schon im Sommer und vor allem im Herbst 1944 fiel den Parteien die Koexistenz in der römischen Regierung nicht mehr leicht: das politische Klima in Mittel- und Süditalien begünstigte die Rückkehr zur verlorenen Solidarität nicht gerade, einer Solidarität, die im Norden angesichts der konkreten Probleme des Partisanenkriegs und der Besatzungsherrschaft zwangsläufig herrschte. Die Parteien verhielten sich in Rom anders als in Mailand, wo die Repräsentanten der gleichen Parteien wie in Rom (außer der dort nicht vertretenen Democrazia del lavoro) das Comitato di liberazione nazionale Alta Italia – CLNAI (nationales Befreiungskomitee Oberitalien) bildeten, eine echte Untergrundregierung, die mit Hilfe ihrer Militärorganisationen – ohne daß es zu unüberwindlichen Brüchen gekommen wäre – auch die Operationen der Partisaneneinheiten leitete⁴⁰.

³⁷ Riccardo Lombardi, *I problemi politici della Resistenza, Fascismo e Antifascismo* (1936–1948), *Lezioni e testimonianze*, Milano (Feltrinelli) 1962, Bd. II, S. 531.

³⁸ N. Kogan, *Il Partito d'azione e la questione istituzionale*, in: *Il movimento di liberazione in Italia*, N. 52 (1954), S. 23 ff.

³⁹ N. Kogan, *Italy and the Allies*, a. a. O., S. 189.

⁴⁰ Über den bewaffneten Widerstand vgl. Roberto Battaglia, *Storia della Resistenza italiana*, Torino (Einaudi) 1964; Giorgio Bocca, *Storia dell'Italia partigiana, settembre 1943–luglio 1945*, Bari (Laterza) 1966; Renato Carli Ballola, *Storia della Resistenza*, ediz. L'Avanti, 1957; G. Vaccarino, *Le mouvement de Libération nationale en Italie (1943–1945)*, in: *Cahiers d'histoire de la guerre*, N. 3, Paris 1950.

Die gefährlichste Spannung zwischen den Parteien in der römischen Regierung wurde im November 1944 offenbar, in einem für alle Linkskräfte Europas heiklen Moment. Anlaß dazu war die Kritik der Linken an der Langsamkeit der Regierung bei den Säuberungsaktionen gegenüber den Faschisten. Ministerpräsident Bonomi – der sich vom CLN unabhängig machen wollte – erklärte seinen Rücktritt; er erklärte ihn aber dem Statthalter und nicht dem Befreiungskomitee (das sich für die Autorität hielt, von der die Macht der Regierung ausging); er erkannte damit der Monarchie die souveräne Entscheidungsgewalt zu, die man ihr mit der Befreiung Roms genommen zu haben wähnte.

„Im Norden“ – schreibt Catalano – „erschien diese plötzliche Krise unverstündlich und sinnlos: man hatte so viele Sorgen im Kampf gegen die Deutschen und die Faschisten, daß man keine Zeit mehr fand für solche Polit-Alchimien.“⁴¹ Die Krise in Rom hatte ihren Grund in der Instabilität der Koalition, einer Instabilität, die sogar bis zu der Forderung Bonomis ging, die Regierung nur mit den großen Massenparteien bilden zu wollen und die kleineren auszuschließen. Ein Vorschlag, den die *Democrazia cristiana* annahm, die sozialistische Partei verwarf und die kommunistische Partei diplomatisch umging (recht besorgt, sie könne aus dem Regierungslager ausgeschlossen werden, denn die Regierung drohte, im Fall der Nichtannahme noch einmal nur auf Sachverständige zurückzugreifen).

Man einigte sich immerhin insoweit, als die Einsetzung einer neuen Regierung und die Zuweisung des Amtes vom Statthalter und nicht vom CLN ausgehen sollte – ein neuer Schlag für Einheit und Ansehen der antifaschistischen Parteien. Die sozialistische Partei und der *Partito d'azione* nahmen einstweilen an einer solchen Regierung nicht teil. Der von der ursprünglichen Ausrichtung der Koalitionsparteien immer mehr abweichende Weg der italienischen Politik schien nun nicht mehr umkehrbar. „Die Tendenz zur Kontinuität des alten Staates“, – schreibt Ricardo Lombardi – „die sich schon bei der Überwindung der Krise in Salerno gezeigt hatte, erhielt mit der Überwindung der Regierungskrise vom November ihre endgültige Sanktion.“⁴²

Gehen wir nun von der Parteipolitik im Süden, für die politische Kämpfe und diplomatische Umsicht charakteristisch sind, zur politischen Szene des besetzten Italiens über. Dort hatten sich unter Führung des CLNAI die verschiedenen CLNs zu Organisations- und Führungszentren des Aufstands formiert; dort operierten ständig Partisaneneinheiten, die von den antifaschistischen Parteien ins Leben gerufen worden oder ihnen organisatorisch angeschlossen und mit den alliierten Streitmächten im Mittelmeerraum koordiniert waren. In Norditalien hatte sich die Politik ganz in die konkreten Sachfragen hineinbegeben, bestand ganz aus technischen, Funktions- und auch ethischen Problemen, die die Kriegführung mit sich brachte; sie ließ zwangsläufig, wenn nicht auch aus freier Entscheidung, die Son-

⁴¹ F. Catalano, a. a. O., S. 295–296.

⁴² R. Lombardi, a. a. O., S. 589.

derinteressen in den allgemeinen und vordringlichen Problemen des gemeinsamen Kampfes aufgehen.

Die politische Relevanz der Endziele des Widerstands übertrug sich auf die der Mittel: die moralische Rehabilitierung des italienischen Volkes führte zu einem vollständigen Aufgehen im gemeinsamen Kampf, zur Zurückweisung jedes ängstlichen Aufschubs, wie etwa dem Abwarten bis zum Ende der Kriegshandlungen.

Die politische Demokratie sollte aus einem harten, bewußt geführten und unmittelbaren Kampf hervorgehen und ihre Kraft und ihr Ansehen auf das Volkshoer gründen, dessen Entwicklung nicht mehr rückgängig zu machen war und das aufgrund seiner Größe seine taktische Autonomie fordern mußte, selbst wenn es im Rahmen strategischer Koordinierungen der Alliierten verblieb.

Es war demnach wichtig, die vom Volk ausgehende Macht der Organe der Widerstandsregierung prinzipiell zu festigen und so weit und so lange wie möglich vor dem Einmarsch der Alliierten ihre verwaltungstechnische Wirksamkeit zu sichern. Deshalb sollten sich die großen Städte allein befreien und sich bei Ankunft der Alliierten mit einer auf der Grundlage der Koalition des CLN funktionierenden Verwaltung präsentieren. Dies geschah und wurde von den Alliierten bei ihrem Einmarsch auch anerkannt, denn sie hoben in ihren Geheimberichten „die ausgezeichnete Arbeit des CLN vor dem Eintreffen des AMG“ hervor. Wir wollen uns hier nur auf den militärischen Aspekt beschränken und an das Urteil von Colonel Hewitt, dem Kommandanten der britischen Special Force in Italien, erinnern: „Im ganzen wurden mehr als hundert Städte von den Partisanen befreit, bevor wir ankamen, die alliierten Armeen brauchten nur noch in die bereits befreiten Städte einzufahren und den Partisanen beim Durchkämmen letzter, einzelner Garnisonen zu helfen . . . Der Beitrag der Partisanen zum alliierten Sieg in Italien war beträchtlich und ging weit über die optimistischsten Vorstellungen hinaus. Ohne die Partisanensiege hätte es in Italien keinen so raschen, überwältigenden und wenig aufwendigen Sieg der Alliierten geben können.“⁴³ Auch Churchill, den man wohl nicht verdächtigen kann, allzu großes Wohlwollen gegenüber den Volksbewegungen des Widerstands zu nähren, drückte am 2. Mai vor dem Unterhaus seine Anerkennung für den Beitrag „der freien Italiener“ aus, „die ihren Teil beigetragen haben, um ihr Land vom deutsch-faschistischen Joch zu befreien“⁴⁴.

Der Beginn des Wiederaufbaus: die Regierung Parri

Das italienische Volk hatte also seine Einheit im Widerstand wiedergefunden. Die Freiwilligkeit, die für alle Kriege seit dem Risorgimento typisch gewesen war,

⁴³ Report on No. 1 special Force activities during april 1945, in: *Il Movimento di Liberazione in Italia*, N. 4 (1950), S. 8–9; wiedergegeben in der Originalsprache in P. Secchia e F. Frassati, *La Resistenza e gli alleati*, Milano (Feltrinelli) 1962, S. 385.

⁴⁴ „New York Times“, 3. Mai 1945, zit. in Charles F. Delzell, *Mussolini's Enemies, The Italian anti-fascist Resistance*, Princeton Univ. Press, 1961, S. 550.

bis hin zum Ersten Weltkrieg – aber gewiß nicht für den Zweiten –, war entscheidendes und ausschließliches Kriterium für die Bildung der Widerstandsgruppen. Sogar die Landbevölkerung, die den Bewegungen während des Risorgimento fremd geblieben war, ja ihnen sogar ablehnend gegenübergestanden hatte, spielte während des Widerstands eine wichtige Rolle, da sie mit ihrem Beitrag Leben und Aufbau der Partisanenformationen überhaupt erst ermöglichte⁴⁵.

Obwohl sich der Widerstand in vielen Aspekten seines sittlichen Engagements mit dem Risorgimento identifizierte⁴⁶, ging er mit einigen grundsätzlichen Neuheiten doch über dieses hinaus. Der Widerstand galt nicht nur der Befreiung vom Besetzer, sondern auch der Vorbereitung eines Morgen, das gegen die Wiederkehr des Faschismus gefeit war. Die Befreiung war also der Ausgangspunkt für die Wiederherstellung eines humanen und zivilen Italiens.

Zwar war der Widerstand in Einigkeit und weithin auf gemeinsamer Basis geführt worden, doch seine Ziele unterschieden sich je nach den politischen Kräften, die ihn geführt hatten. Die Grundforderung nach einer Erneuerung der politischen und ökonomischen Führungsschicht hatte Erfolg und Entwicklung der Linksparteien begünstigt, die ihre Wurzeln im zwanzigjährigen Antifaschismus hatten und die jetzt mit der Befreiung dazu aufgerufen waren, den Hoffnungen konkrete Gestalt zu geben, in deren Namen sie dem Land zahllose Opfer abverlangt hatten.

Die Arbeiterklasse – der Nerv der Widerstandskräfte – hatte neuen politischen Einfluß erlangt, aber da sie zutiefst verarmt aus dem Krieg hervorging, wurde sie sich in dem Augenblick, da sie den Sieg endlich in Händen hielt, klar darüber, wie weit entfernt noch das Ziel wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit war und ihre wirkliche, d. h. nicht nur formale demokratische Beteiligung an der Führung des Landes. Enttäuschte Hoffnungen und das augenblickliche Elend waren der Nährboden für soziale Erregung⁴⁷. Es war eine Zeit für Unruhen und Aufstände bei den Arbeitern und auch bei den Landarbeitern (die im Süden zu den hergebrachten gewaltsamen Besetzungen der Latifundien zurückkehrten).

Die Alliierten, die von 1943 bis 1945 auf dem Vormarsch durch Italien waren, mußten Tag für Tag mit dem Ernährungsproblem der großen Städte, die buchstäblich Hunger litten, fertigwerden. Von 2795 Kalorien pro Tag und Einwohner (Durchschnittswert der Jahre 1936–1940) war man 1945 bei 1733 Kalorien angelangt. Die landwirtschaftliche Produktion hatte sich im Verhältnis zu 1939 um 60 % verringert, und der Tierbestand war um 75 % gesunken. Die Verluste der Industrie an Produktionsanlagen lagen unter denen der anderen Produktivsektoren und vergleichsweise unter denen der anderen kriegführenden Länder. Der größte

⁴⁵ Gaetano Salvemini, *La guerra per bande*, in: *Aspetti della Resistenza in Piemonte*, Torino (SET) 1950, S. XIV.

⁴⁶ Über die vieldiskutierten Beziehungen zwischen Risorgimento und Widerstand vgl. Claudio Pavone, *Le idee della Resistenza*, in: *Passato e presente*, Bologna, No. 7 (1959), S. 898 ff.

⁴⁷ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura alla democrazia, 1919–1948*, Milano (Lerici) 1962, S. 588 ff.

Teil der Industrieanlagen befand sich im Norden des Landes, wo der Krieg nicht wie in Mittel- und Süditalien nur langsam, Schritt für Schritt vorangekommen war und wo die Partisanen und sogar die bewaffneten Belegschaften sie vor den Zerstörungen der letzten Stunde bewahrt hatten. Aber wenn die Industrie durch Kriegsschäden nicht mehr als 20 % ihrer Anlagen eingebüßt hatte, so lag die Verminderung der Produktion doch bei 65–70 %: aufgrund des Raubbaus an den Anlagen, die von der Autarkiepolitik des Faschismus überbeansprucht worden waren, wegen der ungenügenden Versorgung mit Rohstoffen und der heftigen Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Arbeitgebern gleich nach der Befreiung. Erst Ende 1946 sollte die Produktionskapazität der italienischen Industrie wieder das Niveau von 1938 erreichen⁴⁸.

In Anbetracht dieser Lage konnte der PCI, auch weil er im westeuropäischen Rahmen operieren mußte, offensichtlich keine spektakulären Lösungen anbieten, wie sie die Arbeitermassen erwarteten. Die Politik des überaus wendigen Togliatti, der den PCI zur wichtigsten Partei des Landes und seit der Teilnahme an der Regierung in Salerno im Mai 1944 zum Zünglein an der Waage für alle großen politischen Fragen des Landes gemacht hatte, fand doch seine Grenzen in der engen Bindung jeder europäischen kommunistischen Partei an die Sowjetunion.

Die UdSSR war in Europa mit der Bewahrung der Früchte ihres Sieges beschäftigt: vom Sozialismus nur in einem einzigen Land war man zum Sozialismus in einem großen Stück Europas gelangt. Die mögliche Wiederholung der griechischen Vorkommnisse in irgendeinem anderen Land Europas war eine große Gefahr für die Sicherung der sowjetischen Beute, denn dies hätte – mit dem Ausbruch eines neuen Konflikts – die Aufteilung in Einflußzonen, den wichtigsten Gewinn Moskaus, wieder in Frage stellen können. Wenn also die kommunistische Partei in Italien zur Erhaltung des Friedens beitrug, so „trug sie zum Schutz der Errungenschaften der UdSSR und auch des Weltkommunismus bei“⁴⁹.

War schon die Machtergreifung in Italien ein verfrühtes Unternehmen für die kommunistischen Kräfte – die ja dazu bereit waren, Westeuropa dem anglo-amerikanischen Einfluß zu überlassen, um Mittel- und Osteuropa endgültig als sowjetische Einflußzonen zu sichern –, so war der PCI auch der Aufgabe eines großen Kampfes um die demokratische Erneuerung des Landes nicht gewachsen. Und zwar, weil er zwangsläufig zweigleisig fahren mußte: er mußte seine Energien auf zwei Ziele richten: in der Regierung die feste Zusammenarbeit mit der mächtigsten bürgerlichen Partei, der Democrazia Christiana zu sichern, andererseits seinen Einfluß auf die Arbeitermassen zu behalten, indem er sie in ständige Arbeitskämpfe führte⁵⁰.

⁴⁸ Giuseppe Mammarella, *L'Italia dopo il fascismo, 1943–1968*, Bologna (ed. Il Mulino) 1970, S. 125–128. Über die Folgen der Kriegswirtschaft vgl. vor allem Enzo Collotti, *L'amministrazione tedesca dell'Italia occupata 1943–1945*, Milano (Lerici) 1963.

⁴⁹ G. Mammarella, a. a. O., S. 95.

⁵⁰ L. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, Torino (Francesco de Silva) 1949, S. 20.

Als der Partito d'azione, der im westlichen Liberalismus und Sozialismus wurzelte, nach der Befreiung in einem Artikel Ernesto Rossis in „L'Italia libera“ vom 27. April 1945 und dann in einem Brief der Parteileitung an die Führungsorgane des Widerstands forderte, daß in Erwartung der Verfassunggebenden Versammlung unverzüglich eine „zentrale beratende Versammlung“ einberufen werde, die aus den Vertretern aller regionalen Befreiungskomitees zu bestehen hätte (und zu allen unaufschiebbaren Maßnahmen aufrufen sollte, die der Sieg des Widerstands verlangte: von der Verhaftung der faschistischen Bonzen bis zur Beschlagnahme der Vermögen von Kollaborateuren und zu fiskalischen Maßnahmen, die den ruinierten Staatsfinanzen eine Atempause gewähren mochten), da widerstrebten diesem Vorhaben nicht nur die Liberalen und die Christdemokraten, als es galt, praktische und attraktive Maßnahmen zu treffen, sondern auch die Kommunisten. Eine solche Versammlung – ein echter revolutionärer demokratischer „Konvent“, den man in wenigen Tagen hätte einberufen können – hätte im Klima nach dem Aufstand zur Wiederherstellung einer Regierung des CLN mit den einflußreichsten Vertretern des Widerstands führen können, d. h. zum Einbezug dessen in die Führung des Landes, was man damals „den Wind aus dem Norden“ nannte⁵¹.

Die Kommunisten hingegen forderten (und waren sich darin einig mit den gemäßigten Parteien), die Regierungsfrage müsse in Rom selbst gelöst werden – nicht in einer Versammlung, die die Basis des Widerstands repräsentierte, sondern durch Verhandlungen und Abmachungen zwischen Parteileitungen⁵². Einstweilen unterstützten sie einen anfangs von Croce formulierten Vorschlag: bis zum Zusammentritt der Verfassunggebenden Versammlung einen „Rat“ zu bilden, dessen Mitglieder von allen Koalitionsparteien ernannt werden sollten, ein beratendes Organ mit geringen politischen Einflußmöglichkeiten. Mit 429 „beratenden“ Mitgliedern trat er zum ersten Mal am 25. September 1945 zusammen⁵³.

Die Kandidatur des sozialistischen Parteiführers Nenni zum Ministerpräsidenten der neuen Regierung hätte gute Erfolgchancen gehabt, wenn Togliatti, um sie durchzusetzen, zurückgetreten wäre und so eine Regierungskrise ausgelöst hätte, die die Gemäßigten keinesfalls geduldet hätten – aus Angst, ein längeres Machtvakuum könne das Land vielleicht unregierbar machen⁵⁴. Es kam nicht dazu, und gegen den Kandidaten Nenni trat ein anderer Kandidat auf: der angesehene Führer der Christdemokraten, Alcide de Gasperi, der aber, weil er auch kein hinreichendes politisches Gleichgewicht gewährleisten konnte, ebenso erfolglos blieb.

Da fiel die Wahl auf Ferruccio Parri, einen der Führer des Partito d'azione, einen der ruhmreichsten Kommandanten des Widerstandes. Mit Parri kam im Juni 1945 nicht nur eine der politischen Kräfte an die Macht, die während des Antifaschismus und des Widerstandes die meisten Opfer gebracht hatten, sondern

⁵¹ Ebenda, S. 14.

⁵² Ebenda, S. 14.

⁵³ Ch. Delzell, a. a. O., S. 559, 565.

⁵⁴ L. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, a. a. O., S. 20.

auch ein Mann, der besser als alle anderen den Vermittlungsversuch zwischen den großen, sich antagonistisch gegenüberstehenden Kräften des Volkes – Marxisten und Katholiken – verkörperte, ein Mann, der Symbol für demokratische Erneuerung war.

Der „Aktionismus“, reich an intellektuellen Ansätzen zur Erneuerung, aber ohne Massengefolgschaft, mußte sich in dem zermürenden Kampf aufreiben, der von den politischen Gegenpolen im Lande ausging, die vom Zwang zur Einigkeit im Widerstand befreit waren (aber noch im Rahmen der Befreiungskomitees gemeinsam weiterbestanden). Der „Aktionismus“ war inzwischen zu einer Sache des Übergangs geworden bis zu dem Augenblick, da eine der beiden herrschenden Massenparteien – die marxistische oder die katholische – das Übergewicht bekommen würde. Auch aus diesen Gründen zog es die kommunistische Partei vor, sich nicht mit – zwar sehr fortschrittlichen – demokratischen Lösungen zu kompromittieren, die sie, wenn sie von ihr unterstützt worden wären, vielleicht doch von einer Beteiligung an der Macht ausgeschlossen hätten. Einer Beteiligung, die sie sich sehr viel mehr als Machtaufteilung, denn als – völlig irrales – Monopol vorstellte.

Nach wenigen Monaten des Experimentierens der Regierung Parri –, die sehr große Probleme zu überwinden hatte – vom sizilianischen Separatismus, den der neue Ministerpräsident mit der nötigen Entschiedenheit anging, bis zum Problem der öffentlichen Ordnung, das Parri viel unsicherer behandelte (denn er hatte die schmerzliche Pflicht, die Kräfte des Widerstandes aus dem Volk zu unterdrücken) – beschworen die Liberalen am 20. November 1945 gerade über dieses Thema eine Regierungskrise herauf. Die Liberalen machten sich Sorgen über die Konkurrenz, die außerhalb des CLN und mit der defaitistischen Forderung nach einer Entmobilisierung des Widerstands von der rechtsgerichteten Bewegung des „Uomo Qualunque“ (der Jedermannsbewegung) ausging, die im Süden besonders einflußreich war⁵⁵. Bald folgten ihnen die Christdemokraten, die nicht bereit waren, ohne die Liberalen in der Regierung zu bleiben⁵⁶. Sie verhinderten so eine Umbildung der Regierung, die Parri bis dahin noch für möglich gehalten hatte. Auch die Kommunisten stützten eine Regierung nicht, die in einem Klima nach dem Aufstand vielleicht die Massen hätte mobilisieren können, die sich mit dem Widerstand identifizierten.

Den Kommunisten kam es vor allem darauf an, wieder mit in der Regierung zu sein, und sie wollten diese nur mit den großen Massenparteien teilen, statt mit dem Partito d'azione, der ihnen durch Vermittlungsbemühungen gerade bei den kleinbürgerlichen Schichten Konkurrenz machte, die die Kommunisten mit ihrem

⁵⁵ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura*, a. a. O., S. 647.

⁵⁶ Giulio Andreotti, damaliger enger Mitarbeiter von De Gasperi, erzählt über den Abend der Krise vom 24. November: „Nur wenige wissen, daß in dieser Nacht De Gasperi, bevor er nach Haus ging, sich zum Statthalter begab und ihm wahrscheinlich das unumstößliche Vorhaben Umbertos von Savoiens bestätigt wurde, kein Kabinett ohne die Liberalen zu akzeptieren.“ G. Andreotti, *De Gasperi e il suo tempo*, Mondadori, Milano 1956, S. 284.

Konzept von der „neuen Partei“ auf ihre Seite zu ziehen suchten⁵⁷. Parris Fehler war, daß er den Vorschlag der Sozialisten fallen ließ, der ihn allein hätte retten können, d.h. unverzüglich das liberale Hindernis zu umgehen, sich dem Rat und dem Befreiungskomitee zu stellen, von dem sein Regierungsauftrag ausging, und von ihnen die eigentlichen Verantwortungen an dieser Krise abwägen zu lassen und damit den demokratischen Kräften die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern⁵⁸.

Anläßlich seines Rücktritts am 24. November hielt Parri eine kraftvolle Rede – die erste in seiner kurzen Laufbahn als offizieller Politiker – vor den italienischen und ausländischen Journalisten: er sagte, daß „der fünfte Stützpfeiler der Regierung“ [er bezog sich auf die Christdemokraten und die Liberalen] . . . sich anschicke, „jenen politischen und sozialen Kräften die Macht wieder zuzuspielen, die die Grundlage für das faschistische Regime abgegeben hatten“. Er entwickelte mit großer polemischer Kraft eine These, die Salvemini lieb gewesen war und die Parri selbst schon im „Rat“ ausgesprochen hatte: daß es nämlich in der vorfaschistischen liberalen Gesellschaft nie eine echte Demokratie gegeben habe, auf die man hätte zurückgreifen können, ohne die Errungenschaften des Widerstandes in Mitleidenschaft zu ziehen.

Wenn die „Angst vor dem Bolschewismus“ 1922 die wohlwollende Duldung des aufstrebenden Faschismus durch die Mittelschichten begünstigt hatte, so wurde nach der Befreiung die Angst des Bürgertums vor sozialen Unruhen im Land und vor dem noch lebendigen Geist der Befreiungskomitees – die den Widerstand mit einer größeren Beteiligung der Arbeitermassen an der Unternehmens- und der politischen Führung des Landes (Betriebsräte) abschließen wollten – durch den Sturz Parris merklich gemildert.

Parri hatte vorgehabt, die Monopolindustrie mit einer progressiven Besteuerung für Großbetriebe zu belegen, die ja bereits ihren Nutzen aus der Wirtschaftspolitik des Faschismus gezogen hatten. Er wollte damit eine ausgeglichene Entwicklung der kleineren und mittleren Betriebe ermöglichen; aber er hatte dadurch die Anschuldigungen der Rechten auf sich gezogen, die Eigentumsrechte antasten zu wollen und Helfershelfer der Linken zu sein⁵⁹.

Die Alliierten ihrerseits hatten diesen raschen Stillstand der Entwicklung in der italienischen politischen Gesellschaft nach der Befreiung begünstigt, und dabei war

⁵⁷ „Die neue Partei, die Partei der Arbeiterklasse und des italienischen Volks“ – so hatte Pietro Secchia vor der erweiterten Führungsspitze des PCI im besetzten Italien, die am 11. und 12. März 1948 zusammentrat, gesagt, und damit das Denken Togliattis interpretiert – „muß sich vornehmen, nicht die Arbeiterklasse, sondern die große Masse der Arbeiter zu lenken, an sich zu binden und zu leiten, die fortschrittlichsten Elemente aus der Mittelschicht, bei den Bauern, den Intellektuellen, den Technikern, den Freiberuflern . . .“ P. Secchia, *I comunisti e l'insurrezione*, Roma (Ed. di cultura sociale) 1954, S. 421.

⁵⁸ Piergiovanni Pericoli, *La Costituente e i partiti politici italiani*, Rocca S. Casciano (Cappelli) 1966, S. 126.

⁵⁹ N. Kogan, *Italy and the Allies*, a. a. O., S. 58.

ihnen eine seltsame Anomalie des marxistischen Denkens, der Macchiavellismus der Kommunisten, zu Hilfe gekommen. Die Alliierten wandten sich gegen Bestrebungen der Regierung, die Kampagne um eine Änderung der Staatsform gleich nach der Befreiung in Gang zu bringen⁶⁰. Zusammen mit der Rechten machten sie Parri Vorwürfe wegen seiner Versuche, sich mit den Kommunisten zu arrangieren. Sie hatten den italo-amerikanischen Bankier Amedeo Giannini, den Präsidenten der Bank von Amerika, sagen lassen, daß die USA Italien keine Wirtschaftshilfe gewähren würden, solange die Männer des Widerstandes die Fabriken kontrollierten⁶¹.

Auch die internationalen Ereignisse begünstigten diese Kehrtwendung. Die Konferenz von London, die aufgrund der Beschlüsse von Potsdam zwischen dem 11. September und dem 2. Oktober 1945 einberufen worden war, um die Friedensverträge auszuarbeiten, schloß mit einer fast offiziellen Sanktionierung zweier bestehender Blöcke und der Eingliederung Italiens in den westlichen Block. Nur dieser konnte Italiens Ostgrenze schützen, die durch den jugoslawischen Anspruch auf Triest bedroht war – ein Anspruch, der von den italienischen Kommunisten unterstützt wurde. Der Kampf dagegen stärkte wiederum die italienische Rechte. Die USA unterstützten diese, indem sie durch Admiral Stone und sein Verhalten zu verstehen gaben, daß sie eine Vorherrschaft der Linken in Italien nicht zulassen würden⁶².

Mit dem Sturz der Regierung Parri endete die erste Phase der neuen Demokratie, die den Übergang von der „antifaschistischen Revolution zur demokratischen Revolution“ in die Wege leiten sollte, statt dessen aber mit einer Huldigung an den „Mythos Wiederaufbau“ schloß – mit der Rückkehr zur alten Gesinnung und zu den alten Ansätzen, die zwar nicht mehr faschistisch, aber immer noch paternalistisch und autoritär waren. Der politische Erneuerungswille, der, vom Partito d'azione ausgegangen, dem Widerstand den eigentlichen Schwung gegeben hatte, erlahmte nun. Die Grundfreiheiten waren zwar formal gesichert, aber doch größtenteils inhaltsleer geblieben angesichts der Aufrechterhaltung fast aller Positionen der privilegierten Schichten⁶³.

Auch für den sozialen Frieden hatte man einen Preis bezahlen müssen: der Verzicht der marxistischen Parteien auf die Demokratisierung in den Betrieben (die geplanten Betriebsräte) wurde ihnen im Gewerkschaftsabkommen vom 7. Dezember – zu einem Zeitpunkt, als die Regierung Parri schon gestürzt war – mit spürbaren Lohnverbesserungen vergütet. Dies geschah in Form der automatischen Anpassung der Löhne an die Schwankungen der Lebenshaltungskosten, d. h. durch die sogenannte „scala mobile“, die der Kommunist di Vittorio, Sekretär der CGL (Confederazione Generale del Lavoro), als Sieg der Arbeiterbewegung feierte.

⁶⁰ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura . . .*, a. a. O., S. 603.

⁶¹ N. Kogan, *Italy and the Allies*, a. a. O., S. 124.

⁶² F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura . . .*, a. a. O., S. 638.

⁶³ G. Mammarella, a. a. O., S. 107.

Die dadurch bedingte Steigerung der Produktionskosten wurde auf die Verbraucher abgewälzt, und zwar vor allem auf die im Mezzogiorno, die weiterhin ihre landwirtschaftlichen Produkte zu Marktpreisen verkaufen, Industrieprodukte aber zu Monopolpreisen einkaufen mußten. Der große Experte für die Probleme des Südens, Guido Dorso, beklagte, daß damit das Verhältnis zwischen Nord und Süd wieder einmal nach althergebrachten Maßstäben ausgerichtet werde: es überwogen deutlich die Sonderinteressen der Industriellen und der Arbeiter im Norden (die an ihre Arbeitgeber durch hohe Löhne gebunden waren) und führten zur Ausbeutung der Bauern im Süden, der von den anderen als deren „Lebensraum“ angesehen wurde⁶⁴.

Die erste Regierung De Gasperi und die Republik

Der Partito d'azione hingegen, der Parri an die Regierung brachte und der beschuldigt wurde, das Spiel der Kommunisten zu spielen, hatte sich deutlich gegen die Durchsetzung von Sonderinteressen ausgesprochen, wie sie die Sozialisten und Kommunisten verfochten – zu Kompromissen in politischen Grundsatzfragen bereit und auf Popularität bei den Massen bedacht. Deshalb sprach sich „l'Italia libera“, das Presseorgan des Partito d'azione, im August 1945 – trotz interner Meinungsverschiedenheiten – auch gegen einen von den Kommunisten geforderten Kündigungsstopp und gegen die Verlängerung kommissarischer Treuhandschaften aus, die private Geldgeber der Betriebe entmutigten und den dringlichen wirtschaftlichen Aufschwung in Frage stellten. Es ging dem Partito d'azione um einen Appell an den gesunden Menschenverstand: entweder nationalisierte man alle Betriebe, auch die kleinen, oder man gab sie den Privatunternehmern zurück.

Der Verzicht auf grundsätzliche politische Lösungen, der durch die unmittelbare Befriedigung der Forderungen aus dem Volk wettgemacht wurde, sollte – nach Ausschaltung der Partito d'azione – die folgenden Kabinette De Gasperi kennzeichnen.

Schon das erste, das im Dezember 1945 gebildet wurde und noch aus allen Parteien der antifaschistischen Koalition bestand, verschob die Achse der italienischen Politik eindeutig nach rechts und ließ so zwar nicht die Gruppierung, aber doch den erneuernden Geist des CLN vermissen. Auf eine üble Weise wurde die Säuberung der Verwaltung durchgeführt und abgeschlossen, die nur die kleinen Faschisten traf und die großen, wirklich Verantwortlichen, ungeschoren davorkommen ließ. Präfekten und Quästoren, die vom CLN ernannt worden waren, wurden durch alte Berufsbeamte ersetzt, die genauso bereit waren, der Republik zu dienen, wie sie vorher bereit gewesen waren, dem Faschismus zu dienen. Die Währungsreform, die Parri vorgesehen hatte, um den Inflationsprozeß aufzuhalten und eine sichere Basis für eine gerechte Besteuerung der Einkommen zu schaffen, wurde vom liberalen Schatzminister Corbino⁶⁵ verhindert, weil er die Sparer nicht

⁶⁴ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura . . .*, a. a. O., S. 643.

beunruhigen wollte. De Gasperi ließ Parris Politik dann endgültig versanden; er wollte es mit den Bauern nicht verderben, die das, was sie auf dem schwarzen Markt eingehandelt hatten, in barem Geld anhäuften. Sie waren ja das große Wählerreservoir der Democrazia Christiana.

Valiani meint, unter den 1946 in Italien herrschenden Bedingungen hätte auch die Rückkehr zu einer streng liberalen Wirtschaftspolitik, so wie Corbino sie wollte, ihre positiven Ergebnisse zeitigen können, – aber nur dann, wenn man rigoros all ihre Regeln befolgte: vor allem die Abschaffung ständischer Berufsschranken, die Festsetzung des Wechselkurses der Lira auf einem Niveau, das den realen Kaufkraftmöglichkeiten entsprach, die Schaffung eines ausgeglichenen Staatshaushalts und die Bremsung der Ausgabe weiterer Banknoten. Wenn man diese Maßnahmen nicht in gleicher Weise durchführte, so mußte der liberale Weg zur Folge haben, was dann auch eintrat: nicht eine Sanierung der Wirtschaft, sondern die Einräumung ungeheurer Sondervorteile für die privilegiertesten Sozial- und Berufsgruppen⁶⁶.

Das Frühjahr 1946 sah die ersten Parteitage der antifaschistischen Parteien nach der Befreiung, auf denen alle Bilanz aus den vergangenen Leistungen zogen und die Grundlagen für die Zukunft legten; dabei zeigten sie ihr wahres Gesicht.

Als erste tagten die Kommunisten, schon im Dezember 1945, und ließen dabei den Widerspruch offensichtlich werden zwischen dem Wunsch, die Macht nur mit den großen Massenparteien zu teilen, und dem gleichzeitigen Streben nach einer großen geeinten Partei der Arbeiterklasse, was die Einverleibung der kleineren sozialistischen Partei und eine schwere Belastung der vom PCI gewünschten Zusammenarbeit mit der DC (Democrazia Christiana) bedeutet hätte⁶⁷.

Der Partito d'azione, der zwischen dem 4. und 8. Februar 1946 zu seinem Parteitag zusammentrat, konnte den vor allem von Lussu vertretenen herkömmlichen Sozialismus der sozialen Forderungen nicht in Einklang bringen mit einer modernen, streng auf die Gesundung gerichteten Wirtschaftsplanung jenseits der unmittelbaren Interessen einzelner Sozialgruppen, wie sie Ugo la Malfa forderte. Die Folge war eine Spaltung der Partei in zwei Blöcke, die dann in den benachbarten politischen Formierungen aufgehen sollten, so daß die jüngste der italienischen Parteien mit ihrem Willen zur rigorosen demokratischen Erneuerung von der politischen Bühne verschwand. Von der kaum verstandenen Dringlichkeit dieser Erneuerung wollte das Land, eingekeilt zwischen dem Macchiavellismus der Kommunisten und den Lockungen der Konservativen, zu deren Schutzschild die DC wurde, nichts mehr wissen.

Der PSIUP präsentierte sich auf seinem Parteitag in Florenz als vielgestaltiges Konglomerat von Positionen und Tendenzen, die sich vor allem auf das Hauptthema der Beziehungen zum PCI bezogen und damit auf die Entscheidung zwi-

⁶⁶ Epicarmo Corbino, *L'economia*, in: *Dieci anni dopo*, a. a. O., S. 420 ff.

⁶⁷ L. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, a. a. O., S. 45.

⁶⁷ *Per la libertà e l'indipendenza d'Italia*, a. a. O., S. 285.

schen einem autoritären oder demokratischen Sozialismus. In dieser Ambivalenz lag der Grund für Aufspaltungen, die in der Folge zum Auseinanderbrechen der Partei führten, die sich dann aber wiedervereinte, um sich erneut zu spalten. 1946 standen auf der einen Seite diejenigen, die mit Nenni glaubten, es sei unmöglich, die Macht ohne die Kommunisten zu behalten, wenn man sie erst einmal habe, und sich deshalb auf ein Arrangement mit der sowjetischen Politik einlassen wollten; auf der anderen Seite standen die Autonomisten in ihren verschiedenen Schattierungen, unter denen die lebendigste Strömung sich auf die „sozialistische Initiative“ berief (zu ihr gehörten die Jungen wie Matteotti, Vassalli, Zagari); sie hatten die Absicht, ihre kompromißlos revolutionäre Haltung gegenüber den Kapitalisten beizubehalten, aber gleichzeitig eine Politik totaler Unabhängigkeit von der UdSSR zu betreiben. Auch unter Nennis Führung und mit Ivan Matteo Lombardo als Parteisekretär kam es nicht zu einer grundsätzlichen Klärung der Parteiziele. Man fuhr vielmehr fort, die Aufmerksamkeit der Wähler mit Sozialisierungs- und Landaufteilungsversprechen auf sich zu ziehen, kümmerte sich aber nicht um das gravierendste Problem: nur mit einem Wiederaufbau der Wirtschaft durch die Kräfte der Arbeiterschaft könnte das Proletariat auf demokratischem Weg und ohne einen weiteren Krieg zur neuen Führungsschicht im Land werden⁶⁸.

Die liberale Partei schien die große Tradition des Risorgimento von Cavour bis Giolitti verlassen zu haben, einfach weil sich die Aufgaben des nationalen Einigungsprozesses erübrigt hatten. Aber sie hatte es auch nicht verstanden, sich in eine dynamische laizistisch-demokratische Partei zu verwandeln, die den Wiederaufbau des Landes mit Hilfe eines konsequenten Wirtschaftsliberalismus hätte vortreiben sollen. Das Erbe des Risorgimento behinderte ihre Entscheidung zwischen Monarchie und Republik. Auf ihrem Parteitag, der am 29. April 1946 in Rom eröffnet wurde, gab sie sich agnostisch: im Bereich des Wiederaufbaus konnte sie sich allerdings nur als exklusive Sachwalterin der besitzenden Schichten erweisen, so daß ihre Haltung – nach den Worten Sturzos – in einen „immer irritierenderen Protektionismus“⁶⁹ ausartete.

Die Democrazia Christiana paßte sich dem Wiedererwachen der großen Arbeitermassen an – insofern stellte sie eine Neuheit dar – gegenüber der Tradition der Kirche, die früher sehr mißtrauisch war angesichts der Offenheit ihrer Gläubigen für Sozialismus und Modernismus. Auf ihrem Parteitag im April bekannte sie sich zur Republik, auch wenn sie nichts tat, um das monarchistische und noch faschistische Verwaltungspersonal zu ersetzen, das die Kräfte des Widerstands radikal erneuern wollte. De Gasperi ließ es jedoch gern überleben – in seiner tiefverwurzelten Überzeugung, der Restaurator des Staates zu sein⁷⁰.

⁶⁸ L. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, a. a. O., S. 67.

⁶⁹ N. Kogan, *Italy . . .*, a. a. O., S. 202.

⁷⁰ De Gasperi hatte sein persönliches Eintreten für die Republik besser umrissen, als er am 3. August 1945 auf dem Parteitag der DG sagte, er betrachte die republikanische Lösung „nicht als eine Angelegenheit der Bestrafung, die sich auf die Vergangenheit bezieht, sondern

In der zweiten Februarhälfte 1946 debattierte der Ministerrat über die „Machtbefugnisse der Verfassungsgebenden Versammlung“, die vom Volk „nach der Befreiung des Staatsgebiets“ hätte gewählt werden sollen – laut der Verordnung Nr. 151 vom 25. Juli 1944 der Regierung Bonomis, die der Verfassungsgebenden Versammlung auch die Entscheidung über die institutionelle Form des Staates, Monarchie oder Republik, zuwies, während sie ihre gesetzgeberischen Möglichkeiten auf die Erarbeitung der Verfassungsurkunde beschränkte. Der aus dem *partito d'azione* stammende Jurist Calamandrei hatte diese Verordnung als „Geburtsurkunde einer neuen demokratischen Ordnung in Italien“ bezeichnet und als „die Übergangsverfassung“, die in Italien bis zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung gelten sollte⁷¹.

Dieser Bestimmung, die den Linken lieb war, stand die Absicht der Liberalen entgegen, die Entscheidung über die künftige Staatsform nicht, wie geplant, der Verfassungsgebenden Versammlung zu überlassen, sondern einem Volksentscheid, der für die Monarchie weit weniger ungünstig auszugehen versprach – aufgrund der absehbar sentimentalischen Reaktionen des Wahlvolks vor allem im Süden.

Der zunächst unentschlossene De Gasperi war schließlich auch für den Vorschlag eines Volksentscheids (der vom Liberalen Cattani ausging) und stellte eine weitere Überlegung an: daß nämlich die Verfassungsgebende Versammlung nicht in der Lage sei, eine Verfassung auszuarbeiten, wenn die Frage der Staatsform, die im Lande auf sehr lebhaftes Interesse stieß, ihre Arbeiten beeinträchtigte⁷². Er suchte dabei die Unterstützung der amerikanischen Regierung. Der Druck der Alliierten ließ denn auch nicht auf sich warten, und De Gasperi konnte seiner Regierung erklären, daß der „Volksentscheid in internationalen Kreisen als der demokratischste Weg angesehen werde, um den Volkswillen festzustellen“⁷³. Auch Togliatti erklärte sich schließlich mit Cattani einverstanden (und demnach auch mit De Gasperi und den Alliierten) und vertrat in diesem Fall eine andere Position als Nenni⁷⁴. Auch hinsichtlich der gesetzgeberischen Kompetenzen der Verfassungsgebenden Versammlung ließ das amerikanische State Department der Regierung De Gasperi seine Meinung wissen. Es bestand diesmal auf der Einhaltung der Verordnung vom 25. Juli 1944⁷⁵, die die gesetzgeberische Tätigkeit der Verfassungsgebenden Versammlung auf die Ausarbeitung der Verfassung beschränkte und die allgemeinen Gesetzgebungsbefugnisse an die amtierende Regierung delegierte.

Die Linke protestierte dagegen, denn sie sah, daß auf diesem Weg die Ausarbei-

als ein im Wesen konstruktives Problem, das die Zukunft angeht.“ (G. Andreotti, a. a. O., S. 294. Eine biographische und bibliographische Skizze über De Gasperi enthält Iginio Giordani, *Alcide de Gasperi, Questioni di storia contemporanea*, Bd. IV, Milano (Marzorati) 1955, S. 1568–1590.

⁷¹ Alessandro Galante Garrone, *Questa nostra repubblica*, Torino (Loescher) 1959, S. 19.

⁷² G. Andreotti, a. a. O., S. 295.

⁷³ N. Kogan, *Italy . . .*, a. a. O., S. 127.

⁷⁴ G. Andreotti, a. a. O., S. 294.

⁷⁵ N. Kogan, *Italy . . .*, a. a. O., S. 128.

tung der Verfassung um wenigstens ein Jahr verzögert und damit der künftigen gesetzgebenden Versammlung übertragen wurde, – die in einem um vieles konservativeren Klima handeln würde. Aber im Frühjahr 1946 war die Situation reif für einen vollständigen Sieg des liberalen Lagers, dessen Krönung die Verordnung vom 16. März wurde: sie rief das Volk auf, sich in einem Volksentscheid über die Staatsform zu äußern und zugleich am 2. Juni die Verfassungsgebende Versammlung zu wählen. Der Verfassungsgebenden Versammlung sollte lediglich die Ausarbeitung der Verfassung anvertraut werden, so wie es die gemäßigten Kräfte und die Alliierten wünschten.

Die Monarchisten waren übrigens noch nicht zufriedengestellt. Angesichts einer absehbaren republikanischen Mehrheit dankte König Viktor Emanuel III. einen Monat vor dem Gang zu den Urnen zugunsten seines Sohnes Umberto ab – in der Hoffnung, die Ausschaltung seiner Person, die sich im Kompromiß mit dem Faschismus disqualifiziert hatte, könne die Dynastie retten. Obwohl die Linke lautstark gegen einen derartigen Bruch der „Waffenruhe in der Staatsformfrage“ protestierte, akzeptierten die Alliierten durch Admiral Stone die Abdankung des Königs und die Nachfolge Umbertos auf den Thron⁷⁶. Der Vatikan seinerseits, obwohl „technisch neutral“, begünstigte ein Tätigwerden des Klerus, was dazu angetan war, den Wettlauf zwischen Monarchie und Republik in einen Zusammenstoß zwischen Monarchie und Kommunismus zu verwandeln. Papst Pius XII. forderte in einer Rede am Vorabend der Wahlen das italienische Volk auf – ohne von Monarchie und Republik zu sprechen –, sich zwischen Christentum und Materialismus zu entscheiden⁷⁷.

Am 2. Juni 1946 siegte die Republik mit leichtem Vorsprung: auf sie entfielen etwas mehr als 12 Millionen Stimmen (12717903 gegen 10719284 für die Monarchie), bei einer Wahlbeteiligung von fast 25 Millionen, also 54,3%. Nach einem letzten Versuch des neuen Königs, die Ergebnisse des Volksentscheids anzufechten (der sich auf die Vorbehalte des Obersten Kassationsgerichts über die Marge unsicherer oder ungültiger Stimmen stützte), verließ Umberto II. am 25. Juni Italien und ging nach Portugal. Die Verfassungsgebende Versammlung, die auch am 2. Juni gewählt worden war, wählte ihrerseits ein provisorisches Staatsoberhaupt, den neapolitanischen Rechtsanwalt Enrico de Nicola, einen Mann von unbestrittenem Ansehen, der politisch unabhängig war, obwohl er liberalen Kreisen nahestand und von ihm fast drei Jahre zuvor die Statthalter-Lösung ausgegangen war.

Aus den Parlamentswahlen, die ebenfalls am 2. Juni abgehalten wurden, gingen die Kräfte der antifaschistischen und republikanischen Linken im ganzen mit nur 46% der Stimmen hervor. Von den 556 Sitzen der Verfassungsgebenden Versammlung fielen 207 an die Democrazia Christiana, 115 an die Sozialisten, 104 an die Kommunisten, 23 an den PRI (Partito Repubblicano Italiano – Republikanische

⁷⁶ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura . . .*, a. a. O., S. 699.

⁷⁷ *New York Times* vom 2. Juni 1946, in Ch. Delezell, a. a. O., S. 571.

Partei) und nur 7 an den Partito d'azione, über 41 an die Liberalen und 50 an die neue, rechtsradikale Bewegung des „Uomo Qualunque“.

Die Zusammensetzung der Verfassunggebenden Versammlung war das getreue Abbild – so Valiani – dessen, was man auch beim Kampf um den Staat erreicht hatte. Wenn Togliatti als Justizminister der scheidenden Regierung eine großzügige Amnestie gewährte – die von den Widerstandsgruppen kritisiert wurde und selbst die Faschisten erstaunte (die davon en bloc profitierten) –, so hatte er dies nicht aus wahltaktischem Kalkül getan (denn die Wahlen waren ja schon vorbei), sondern in Anpassung an die beginnende geschichtliche Umkehrung⁷⁸.

Die Formel des CLN war für die neue Regierung keine Grundlage mehr⁷⁹. Sie bestand aus den Massenparteien: den Christdemokraten, den Kommunisten und den Sozialisten, die trotz der Beigabe einer schwachen republikanischen Vertretung den „Tripartito“ (die Dreiparteienkoalition) begannen. Die Aktionspartei und die Liberalen blieben draußen: die ersteren geschwächt durch ihre innere Krise und eben auch, weil sie eine Meinungsbewegung waren, die in einem Land ohne Erfahrung in demokratischen Debatten und bei einer Bevölkerung, die nur darauf wartete, unter den Fahnen und den Sprüchen der Massenparteien mitzumarschieren, Schiffbruch erleiden mußte; die Abwesenheit der Liberalen drückte die Verstimmung der vielen Monarchisten aus, die dieser Partei angehörten.

Katholiken und Kommunisten

Die Anpassung Togliattis an die neue italienische Wirklichkeit, die sich vom Radikalismus des Widerstands entfernt hatte, war beispielhaft und bedeutungsvoll. Als der Aktionspartei Calamandrei am 15. Juli im Namen seiner Partei vorschlug, die Konstituante solle wenigstens in Grundsatzfragen eine gesetzgeberische Tätigkeit für sich in Anspruch nehmen, denn niemand könne sie daran hindern, sich als souverän zu erklären (was eine teilweise Aufhebung der Verordnungen vom 25. Juli 1944 und vom 16. März 1946 bedeutet hätte, als es in Italien ja noch die Monarchie und die Truppen der Alliierten gab, die eine unmittelbare Überführung von Verfassungsgrundsätzen in Gesetze fürchteten), da wollten die Kommunisten und die Sozialisten nicht für eine derartige Souveränität stimmen und brachen so mit der Tradition der revolutionären Bewegung. Im Grunde ging es

⁷⁸ L. Valiani, *Il problema politico*, a. a. O., S. 69.

⁷⁹ „Die Zeit einer notwendigen Zusammenarbeit der sechs Parteien war für den Kommunisten Scoccimarro ebenso vorbei wie ihre „paritätische Vertretung, die zur Suche nach einem fiktiven politischen Gleichgewichtszwang, das der Wirklichkeit in keiner Weise entsprach“; und er fügte hinzu: „Die Wahlen geben für sich selbst Auskunft über die Zusammensetzung der Regierung.“ Mauro Scoccimarro, *Il secondo dopoguerra*, Roma (Ed. Riuniti) 1956, Bd. I, S. 115. Im Namen seiner Partei bezog er Position für eine Aufteilung der Macht unter den Massenparteien – und das mit all dem Gewicht, das die Wählerschaft den Kommunisten gegeben hatte.

ihnen um einen Kompromiß mit der DC bei der Abstimmung der Versammlung über die ideologischen Prinzipien der von ihnen angestrebten sozialen Reformen. Sie forderten deshalb auch von der Regierung sofortige soziale Maßnahmen, die zwar populär, „aber im wesentlichen nicht strukturell“⁸⁰ waren.

Eine dieser Maßnahmen war eine Lohnprämie, die sogenannte „Republik“-prämie, die die Staatskasse zwischen 30 und 35 Milliarden kostete und die sich rasch in Preiserhöhungen niederschlug. „Was hätte man mit 30 Milliarden anfangen können?“, fragte damals der Aktionsparteierteil Riccardo Lombardi während der Diskussion in der Verfassunggebenden Versammlung. „Mit 30 Milliarden hätte man sechs Monate lang ein Viertel unserer Arbeitslosen beschäftigen können; wir hätten das Programm zum Wiederaufbau der Eisenbahn verdoppeln können; wir hätten in Kalabrien und Sardinien unendlich viel tun können; man hätte 100 000 bis 150 000 Wohnräume für Arme bauen können!“⁸¹

Aber mit der Anpassung an den Gang der Dinge wurden in der Politik der Kommunisten auch unüberbrückbare, wenngleich genau kalkulierte Widersprüche offenbar. Togliatti strebte ein fortschreitendes *appeasement* der DC und der konservativen Kräfte an, doch zugleich wollte er das Monopol in der Führung der Massen, die er weiterhin mit einer Politik sektorieller Begünstigungen zu locken versuchte. Das war immer noch dieselbe Zweigleisigkeit einer Politik in der Regierung einerseits und im Lande andererseits, mit der der PCI in den 45 Tagen der Badoglio-Regierung begonnen hatte. Die DC strebte eine Normalisierung der Produktionstätigkeit an und das hieß vor allem Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Löhne und nicht etwa ihre unterschiedslose und unkontrollierte Aufblähung. Aber sie vergaß gern, daß man der Arbeiterklasse nicht noch größere Opfer abverlangen konnte, ohne ihr größeres politisches Gewicht im staatlichen Leben einzuräumen (die Lebenshaltungskosten waren dreißig- bis vierzigmal so hoch wie in der Vorkriegszeit, die Löhne aber nur dreizehnmal so hoch).

Andererseits stellte auch der PCI die „strukturellen“ Veränderungen hintan und trug nicht einmal zur Normalisierung der Wirtschaft bei, der er mit einer unkontrollierten Lohnpolitik schadete, die doch nur die ohnehin schon beschäftigten Arbeitermassen des Nordens für Augenblicke begünstigte. In dieser Einstellung unterschieden sich die Kommunisten auch von den Sozialisten, nicht nur von den Katholiken: „Mit den Sozialisten sind wir in allem einig“ – schrieb Scoccimarro – „außer in der Lohnfrage. In dieser Frage ist der Standpunkt der Sozialisten und der Christdemokraten gleich, denn beide wehren sich gegen Lohnerhöhungen und vertreten statt dessen die Ansicht, man müsse die Lebenshaltungskosten senken. Wir können dieser Lösung nicht zustimmen“ – schloß er –, „da augenblicklich nicht die Bedingungen für eine sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten vorhanden sind.“⁸²

⁸⁰ L. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, a. a. O., S. 78; ders. *Dall' antifascismo alla Resistenza*, Milano (Feltrinelli) 1959, S. 190.

⁸¹ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura . . .*, a. a. O., S. 728.

⁸² M. Scoccimarro, a. a. O., Bd. I, S. 121–124.

Der kommunistische Widerspruch setzte sich fort im Theoretisieren über die neue Wirtschaftspolitik, die auf Lösungen zusteuerte, von denen Togliatti behauptete, sie seien „nicht so sehr katastrophal, sondern eher konstruktiv“. „Auch wenn wir allein an der Macht wären“, erklärte der Kommunistenführer auf einer Wirtschaftstagung im August, „würden wir für den Wiederaufbau an die Privatinitiative appellieren“; und im Zentralkomitee seiner Partei hoffte er im September auf „einen neuen Wirtschaftskurs . . . , der ihr einen weiten Freiheitsspielraum einräumt“. Die Kommunistische Partei strebte mit jedem Schritt mehr auf eine Einigung mit der DC zu und trat so weniger als Klassenpartei in Erscheinung als z.B. der PSIUP, der sich zu solchen Anbiederungen noch nicht herbeigelassen hatte⁸³.

Auch eine Währungsreform, die in den anderen europäischen Ländern rechtzeitig vorgenommen, in Italien aber von den konservativen Kräften gefürchtet und sabotiert wurde, war von den linken Kräften in die Ecke geschoben worden, da sie sie nicht mehr für wirkungsvoll hielten. „Soweit es möglich sein sollte, die gleichen Ziele mit anderen Mitteln zu erreichen“ – präzisierte der kommunistische Finanzminister – „werden wir ohne Schwierigkeiten eine Währungsreform durch andere Maßnahmen ersetzen.“⁸⁴.

Die Umkehrung der Tendenzen im politischen Erneuerungsprozeß wurde in den Industriellenkreisen und bei den Konservativen mit Genugtuung registriert. Als nach dem Juni 1946 deutlich wurde, daß es nicht mehr zu einer Währungsreform kommen würde, stieg die Produktion von lebenswichtigen Gütern merklich an, ebenso die Exporte (die im April bis zum September 1946 vom Index 2,8 auf 13,1 stiegen) und die Börsenkurse⁸⁵ – wenn auch die italienische Wirtschaft im ganzen in die heikelste Phase der Inflation geriet und weit davon entfernt war, sich für gesundet halten zu können.

Auf außenpolitischem Gebiet – wo der sowjetische Einfluß am stärksten war – geriet der neue Kurs der Kommunisten, der offiziell die moralische Einigung des Landes anstrebte, zusehends in offensichtliche Widersprüche. Der sowjetische Außenminister Molotow hatte zur Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz am 15. Juni die Aufmerksamkeit auf „antirepublikanische Demonstrationen“ und auf „bewaffnete Aktionen“ gelenkt, die in Italien monarchistische und faschistenfreundliche, über den Ausgang des Volksentscheids enttäuschte Gruppen unternommen hatten. Molotow hatte an die Verantwortlichkeit der Alliierten als Unterzeichnerstaaten des Waffenstillstands mit Italien appelliert (wo ihre Truppen noch stationiert waren); sie sollten „nicht gleichgültig bleiben gegenüber Versuchen, die den Bürgerkrieg entfesseln wollen“. Es handelte sich – so bemerkt Catalano – „um einen ausdrücklichen Vorschlag, gemeinsam in Italien einzugreifen, der aber den Anglo-Amerikanern nur neue ernste Probleme gebracht hätte, da er alles

⁸³ G. Mammarella, a. a. O., S. 132–138.

⁸⁴ M. Scoccimarro, a. a. O., Bd. I, S. 122.

⁸⁵ G. Mammarella, a. a. O., S. 138.

wieder in Frage stellte und die kommunistische Partei gestärkt hätte⁸⁶. Das Eingreifen der Russen wurde zwar blockiert, aber zugleich begünstigte man einen Kuhhandel um Entschädigungen, in dem sich die verhärtete Front des Westens auf Kosten Italiens zu Konzessionen gegenüber Rußland herbeiließ. Die Venezia Giulia – außer Gorizia, Gradisca und Monfalcone – kam an Jugoslawien, das Stalin damals noch unterstützte; während Triest mit seinem winzigen Hinterland zum „freien Staatsgebiet“ erhoben wurde.

De Gasperi, der das nationale Territorium bis zum Äußersten verteidigte, hatte es sicherlich daran fehlen lassen, mit hinreichender Überzeugungskraft und entsprechendem Nachdruck die Bemühungen des italienischen Widerstandes und dessen Beitrag zum alliierten Sieg zu vertreten. Seinem Mißtrauen gegenüber dem politischen Erbe des Widerstandes – vor allem in seinen marxistischen Teilen – entsprach in wenig erfreulicher Konsequenz De Gasperis Weigerung, den Widerstand vor der Welt zu würdigen, der ihm der derzeitigen Situation nicht mehr zu entsprechen schien. Davon ganz abgesehen, hätte sich aber Togliatti, ganz gleich welcher Meinung er hinsichtlich der Beilegung der Streitfragen mit Jugoslawien war, mit der italienischen Delegation solidarisieren sollen, die sich in Paris als Angeklagte verteidigen mußte. Er stellte sich stattdessen bedingungslos auf die Seite des russischen Delegierten und stützte dessen Extremforderung, die durch ihre Übertreibung den Charakter eines diplomatischen Gefechts mit entschieden antiitalienischen Tönen annahm. „Das war der schwerste Fehler“, schrieb Valiani, „den Togliatti begangen hatte, seitdem er sich ins Zentrum der italienischen Politik begeben hatte.“⁸⁷ De Gasperi ging als der Verteidiger des Landes vor kommunistischem Einfluß gestärkt daraus hervor. Togliatti verschlimmerte seinen Fehler noch durch seine überraschende Reise nach Belgrad, Anfang November 1946. Als er zurückkehrte, empfahl er wärmstens den Vorschlag Titos, die Triestfrage durch die Abtretung Gorizias an Jugoslawien zu lösen – eine Stadt, die Togliatti unvorsichtigerweise „vorwiegend slawisch“ nannte, um den unpopulären Tauschhandel zu rechtfertigen.

Immerhin wurde die Gefahr deutlich, in die Italien geriet, wenn – wie De Gasperi vor dem sofort einberufenen Ministerrat feststellte – allein schon die Möglichkeit, Gorizia könne Verhandlungsgegenstand sein, die Westmächte dazu veranlassen konnte, es als Gegenleistung für die Annahme des Friedensvertrags seitens Jugoslawiens an dieses abzutreten, ohne damit den internationalen Status von Triest zu vermeiden⁸⁸.

Auch die Festlegung der Westgrenzen zu Frankreich zeigte erneut – wenngleich die Amerikaner die habgierige Hand de Gaulles zurückgehalten hatten⁸⁹ – daß

⁸⁶ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura*, a. a. O., S. 720.

⁸⁷ F. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, a. a. O., S. 89.

⁸⁸ G. Andreotti, a. a. O., S. 321–322.

⁸⁹ G. Vaccarino, in: *La guerre en Méditerranée (1939–1945)*, Centre national de la Recherche scientifique, Paris 1971, S. 584; H. S. Truman, *Mémoires*, I, *L'année des décisions*, 1945, Paris (Plon) 1955, S. 199, 202.

man Italien für sein Verschulden strafen wollte. Nur in den Beziehungen zu Österreich, das auch als ehemaliges Feindesland betrachtet wurde, war die von De Gasperi und dem Außenminister Gruber ausgehandelte Lösung von Erfolg gekrönt.

Die stärker werdenden internationalen Spannungen zwischen den USA und der UdSSR schlugen sich im Parteienlager nieder, vor allem im Innern einer dieser Parteien: der sozialistischen.

Angesichts der Bestrafungsabsichten Rußlands gegenüber Italien auf der Friedenskonferenz ließ der von Nenni vertretene Neutralismus zwischen den Blöcken (der jedoch in Wirklichkeit ganz zu Rußlands Gunsten ging) den Kampf zwischen den Befürwortern des prowestlichen demokratischen Sozialismus und den Bannernägern des autoritären Sozialismus, die bereit waren, gemeinsam mit dem PCI zu marschieren, wieder aufflackern. Die Niederlage der Sozialisten bei den Gemeindewahlen im November 1946, vor allem dort, wo sie sich in einer Einheitsliste mit den Kommunisten präsentiert hatten (in Rom gingen auf Grund von Präferenzabsprachen 16 kommunistische und nur fünf sozialistische Stadträte aus den Wahlen hervor), wurde zwar von Nenni als Folge organisatorischer Mängel gedeutet, von Saragat aber als das Ergebnis eines immer unpopulärerem Bündnisses mit den Kommunisten gewertet.

Schon seit dem sozialistischen Parteitag im April 1946 waren zwei einander entgegengesetzte Gruppierungen deutlich sichtbar geworden: die der Autonomisten um *Critica sociale* und die Jungen der „Iniziativa socialista“, und auf der anderen Seite die von Nenni, Morandi und Basso geführte größere Gruppe, die auf eine enge Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten drängte. Dieser Riß, der in Florenz schlecht und recht wieder zusammengeflickt worden war, führte zu einer explosionsartigen Parteispaltung im Januar 1947. Auf dem Kongreß im Palazzo Barberini bildete eine von den beiden anderen Gruppen abweichende Splittergruppe unter Saragat und Matteotti eine neue, autonome und demokratische Partei, die sich Partito socialista dei lavoratori italiani (PSLI – Sozialistische Italienische Arbeiterpartei) nannte.

Auch kritische Historiker sind sich im unklaren darüber, aus welchen Gründen Saragat sich eigentlich abspaltete – trotz der damals von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche zu einem friedlichen Kompromiß. Nach verlässlichen Urteilen war die Spaltung schon im Gange, bevor der Kongreß zusammentrat. Die Gründe lagen außerhalb der sozialistischen Partei. Die Entscheidung, die Saragat aus Abneigung gegenüber einer Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten traf, wäre demnach nichts anderes gewesen als die Vorwegnahme einer von anderer Seite gewünschten und nicht mehr aufzuhaltenden Entwicklung: Im Oktober 1946 hatte eine Entschließung des kommunistischen Zentralkomitees die Sozialisten ganz explizit dazu aufgefordert, die Minderheit der Reformisten auszuschalten. Zu einer Konsolidierung der Aktionsgemeinschaft mit der sozialistischen Partei könne es

⁹⁰ F. Catalano, *L'Italia dalla dittatura . . .*, a. a. O., S. 749–750.

nicht kommen – hieß es in der Entschließung – ohne „die Eliminierung der anti-kommunistischen Strömungen aus den Reihen der Arbeiterbewegung und ohne den offensten Kampf gegen den Antikommunismus“⁹⁰.

Im sozialistisch-kommunistischen Lager konnte man also durchaus die herkömmlichen Wege des Klassenkampfes verlassen und alle nur erdenklichen Kompromisse mit den klerikalen und gemäßigten Kräften dulden, aber keinesfalls konnte man zulassen, daß in den eigenen Reihen antikommunistische Abweichungstendenzen weiterlebten.

Mit der Spaltung der Sozialisten im Januar 1947 mußten Saragat als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung und Nenni als Mitglied der Regierung zurücktreten. Ministerpräsident De Gasperi wurde vom Rücktritt Nennis unterrichtet, als er sich als Gast des amerikanischen Präsidenten in den Vereinigten Staaten aufhielt. Wieder in Italien, beeilte er sich, am 20. Januar dem Staatschef den Rücktritt des gesamten Kabinetts zu erklären.

Die Reise De Gasperis in die Vereinigten Staaten entsprach der Absicht der Amerikaner, größeren Einfluß auf die italienische Politik zu nehmen – jetzt, da Italien mit der Annahme des Friedensvertrages durch die fünf Außenminister am 6. Dezember 1946 in New York sich von der Notwendigkeit befreit sah, gleiche Distanz zu beiden Großmächten zu halten, und in die Lage versetzt worden war, eine Politik der Eingliederung in das westliche Bündnis zu betreiben. Aber diese Reise erklärte sich auch aus dem dringenden Bedürfnis der italienischen Regierung nach einer ansehnlichen, weit über der bisher von der UNRRA gewährten Hilfe liegenden finanziellen Unterstützung. Der italienische Ministerpräsident erhielt einen Kredit von 100 Millionen Dollar, der für den Aufschwung der von der Inflation geschwächten italienischen Wirtschaft wie ein Geschenk Gottes erschien; als Gegenleistung verpflichtete er sich, „die demokratische Staatsform in Italien zu stabilisieren und zu erhalten“.

Diese Empfehlung bedeutete offensichtlich, auf Regierungsebene für eine Herabsetzung der sozialistisch-kommunistischen Präsenz zu sorgen und so den Vereinigten Staaten behilflich zu sein, sich in den Ländern Westeuropas jenen Einfluß zu sichern, den die Sowjets nicht nur im Osten gefestigt hatten (in den Ländern, in denen ihr Einfluß durch die erst kürzlich geschlossenen Pakte anerkannt wurde), sondern schon in eine weitergehende Vorherrschaft über Europa zu verwandeln begannen. Die Wahlsiege der von den Kommunisten beherrschten Volksfrontblöcke in den Ländern Osteuropas und die daraus folgenden grundsätzlichen Änderungen der Staatsform (wie sie sich in der Tschechoslowakei bald darauf deutlich zeigten) gaben Amerika die Gewißheit, daß es im Spiel um das Gleichgewicht der Kräfte als Unterlegener hervorgehen würde, wenn sich die Dinge nicht bald änderten.

De Gasperi konnte übrigens noch nicht auf die Mitarbeit der Kommunisten in der Regierung verzichten; einmal weil der Friedensvertrag in Paris noch unterzeichnet werden mußte (das sollte am 10. Februar 1947 geschehen), zum anderen weil die katholische Partei die Stimmen der Kommunisten brauchte, um in der Verfassungsgebenden Versammlung die Annahme jener Artikel durchzusetzen, die

den Einbezug der Lateranverträge zwischen dem Vatikan und Mussolini aus dem Jahre 1929 in die neue Verfassung sicherstellten.

Doch die Präsenz der marxistischen Linken verringerte sich. Im dritten Kabinett De Gasperi, einer Neuauflage des „Tripartito“, zu dem es am 2. Februar 1947 kam, wurden die Hauptministerien, die die Sozialisten und Kommunisten innegehabt hatten, neu verteilt: das Außenministerium, das de Gasperi gerade erst an Nenni abgetreten hatte, wurde ihm wieder genommen und Sforza anvertraut; das Finanzministerium, das Scoccimarro hatte, ging an Campilli; das in kommunistischer Hand gewesene Ministerium für Nachkriegshilfe wurde aufgelöst. Mit den drei Ministerien, die den Sozialisten, und den dreien, die den Kommunisten geblieben waren, war es ein Übergangskabinett, das Zeit gewinnen sollte, bis eine Regierung der demokratischen Konzentration ohne Kommunisten gebildet werden konnte.

Die internationalen Spannungen verschärfen sich gefährlich. Die Konferenz der vier Außenminister im März/April 1947 in Moskau hatte die unversöhnlichen Meinungsverschiedenheiten auf den Siedepunkt gebracht⁹¹. Die „Truman-Doktrin“, die der amerikanische Präsident am 12. März in einer Botschaft an den Kongress erläuterte, versprach, „die freien Völker zu unterstützen, die der versuchten Gewaltanwendung bewaffneter Minderheiten oder äußerem Druck widerstehen“. Sie hatte sich sofort in die Tat umsetzen lassen mit der Intervention in Griechenland gegen den kommunistischen Aufstand, der jetzt von Moskau unterstützt wurde, während der republikanische Aufstand der Elás (Griechische Volksbefreiungsarmee) vom Dezember 1944 bis Januar 1945, den die Engländer niedergeschlagen hatten, keine Unterstützung gefunden hatte.

Auch im Innern Italiens hatten sich die Spannungen mit den Kommunisten zugespitzt, nicht nur wegen der Lohnkämpfe an der Basis. Auf Regierungsebene verschärfte Togliatti die Krise, als er in *Rinascita* einen giftigen Artikel gegen die Amerikaner schrieb mit dem Titel „Was sind sie doch für Dummköpfe!“ Der Artikel brachte De Gasperi in Schwierigkeiten⁹², der ja gerade erst eine amerikanische Finanzhilfe erhalten hatte, über die sich übrigens andere kommunistische Führer, wie der damalige Finanzminister Scoccimarro, positiv geäußert hatten⁹³.

Aber trotz solcher Reibereien bewog die Sorge, der Mehrheitspartei zu mißfallen und vielleicht sogar der Teilnahme an der Macht verlustig zu gehen, die Kommunisten zu spürbaren Zugeständnissen. Sie opponierten nicht nur nicht gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages (den zu unterzeichnen sich De Gasperi in Amerika verpflichtet hatte und dessen Nichtannahme die bisher erreichten Ergeb-

⁹¹ L. Salvatorelli, *Storia del novecento*, Milano (Mondadori) 1964, S. 877.

⁹² G. Andreotti, a. a. O., S. 329.

⁹³ „Es ist unser Ziel, Arbeit und Produktion auf das höchstmögliche Niveau zu bringen“, schrieb Scoccimarro, „soweit es die Rohstoffe zulassen. Die Vereinbarungen in Amerika, von denen die Zeitungen heute berichten, kommen der Verwirklichung einer solchen Politik entgegen und erleichtern sie . . . Sicher wird sie dazu beitragen, große Massen von Arbeitslosen der produktiven Arbeit zuzuführen.“ M. Scoccimarro, a. a. O., Bd. I, S. 146.

nisse der Außenpolitik hinfällig gemacht hätte), sondern stimmten am 24. März auch dem Artikel 7 der Verfassung zu, der vorsah, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kirche weiterhin nach den Lateranverträgen geregelt werden sollte. Wäre De Gasperi in dieser Auseinandersetzung der Unterlegene gewesen, so hätte er, nach Meinung einiger Beobachter, die Regierung verlassen müssen; vielleicht hätte sich ein Kabinett unter liberaler oder sozialdemokratischer Führung gebildet. Togliatti rettete also mit den Stimmen seiner Partei die *Democrazia cristiana*; es ging ihm aber vor allem um die Rettung der Dreiparteienkoalition, die in Frankreich durch den Hinauswurf der Kommunisten schon in eine Krise geraten war⁹⁴.

Nenni hingegen verweigerte seine und seiner Partei Zustimmung und bewies damit die Treue der Sozialisten zur laizistischen Tradition, so wie er 1943 und 1944 im Unterschied zu den Kommunisten seine Treue zur republikanischen Tradition unter Beweis gestellt hatte.

Nach der Billigung des Art. 7 war für De Gasperi die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung unnötig geworden. Als am 12. Mai 1947 eine neue Regierungskrise ausbrach, schob er deshalb die Kommunisten ab und bildete eine „monocolore“, eine Einparteienregierung, nur aus Christdemokraten und einigen Unabhängigen, wie dem angesehenen Wirtschaftswissenschaftler Luigi Einaudi im Budgetministerium, Merzagora als Außenhandelsminister und Sforza als Außenminister. Die Kommunisten im Land erhoben sich nicht; aber nicht deshalb hielt sich ihr Führer Togliatti mit Anklagen gegen diesen Schlag und beleidigenden Äußerungen über den siegreichen Gegner zurück⁹⁵.

Die Kommunisten außerhalb der Regierung

Die christdemokratische Einparteienregierung bedeutete einen überwältigenden Sieg der Konservativen. Es schien, als sei in Italien die Gefahr der kommunistischen Staatsstrieche gebannt, die das Gleichgewicht in Osteuropa erschütterten. Gerade eben erst war der Todeskampf des ungarischen Parlaments zu Ende gegangen durch die Ablösung der von Ferenc Nagy – Exponent der Partei der Kleinen Landwirte – geführten Regierung durch die Kommunisten.

Die wohlhabenden Schichten in Italien waren also De Gasperi dankbar, daß sie zufolge seiner kühnen Operation endlich wieder aufatmen konnten. Aber selbst wenn nur die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Sozialisten ausgebootet schienen, so war doch das Opfer der nicht-marxistischen revolutionären Kräfte des

⁹⁴ L. Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, a. a. O., S. 115.

⁹⁵ Über das Ereignis werden folgende Urteile Togliattis berichtet: „Ein intelligenter und fähiger Gegner hätte uns nicht aus der Regierung verdrängt . . . er hätte uns vielleicht aufgefordert zu bleiben, und hätte vielleicht eine Situation entstehen lassen, in der wir ohne Ausweg gewesen wären oder uns gespalten hätten. Um zu verstehen, daß man das hätte tun können, bedurfte es allerdings geistigen Niveaus, und De Gasperi ist mittelmäßig, vielleicht noch weniger als mittelmäßig.“ Marcello und Maurizio Ferrara, *Conversando con Togliatti*, *Note biografiche*, Roma, (Ed. di cultura sociale) 1954, S. 367.

Widerstands am größten; sie mußten einsehen, daß es infolge der Niederlage der Linken mit ihren Erneuerungsbestrebungen, von denen sie sich im Kampf gegen den Faschismus und im Bürgerkrieg hatten leiten lassen, zu Ende war. Das Vertrauen, das die Männer, die dafür gekämpft hatten, noch aufrechterhielt, verlagerte sich in eine sehr ferne Zukunft, deren messianische Erwartung das einzige war, was ihnen als Trost in den Mißerfolgen der Gegenwart blieb. „Dieses Rückschlagen des Pendels der Restauration“ – schrieb damals Calamandrei in seiner Zeitschrift *Il Ponte* – „war vorhersehbar und vorhergesehen. In allen Genesungszeiten, die nach großen Krisen kommen, zeigen sich solche Alternativen und solche Schwankungen. Aber der Widerstand ist nicht zu Ende . . . Lassen wir uns nicht entmutigen, auch wenn die neue Saat erst aufgehen wird, wenn unsere Augen sich schon für immer geschlossen haben werden.“

Der Maximalismus der Sozialisten, die nicht bereit waren, unabhängig von den Kommunisten für die demokratische Erneuerung zu kämpfen, und der Machiavellismus der Kommunisten (in einer unentwirrbaren Verknotung von marxistischer Lehre, nationaler Einheitspolitik und sowjetischen Interessen) hatten ihr Handeln im ganzen auf permanente Lohnforderungsagitationen reduziert, wie sie von der Arbeiterbasis erwartet wurden; aber sie waren unfähig dazu, die eigentlichen Strukturreformen einen Schritt voranzubringen, als die politische Situation noch eine Konsolidierung der Linken begünstigt und eine solche Politik wahrscheinlich zugelassen hätte. Folge dieses Aufschubs der Reform war in den Wirren der Nachkriegszeit das wirtschaftliche Chaos, die Aussichtslosigkeit, die anarchischen Spekulationen von Geschäftemachern unter Kontrolle zu bringen, während Preise und Löhne in schwindelerregendem Wettlauf an den Rand des Abgrunds gerieten. Die Indexpunkte der Großhandelspreise waren folgendermaßen gestiegen (wenn man als Basis 100 das Jahr 1938 nimmt): von 2582 im Mai 1946 bis 5329 im Juni 1947 und 6202 im September 1947; dagegen waren die Löhne (bezogen auf die Basis 100 = 1938) von 1544 im Mai 1946 auf 4670 im September 1947 gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt schienen die Lebenshaltungskosten mit der Indexzahl 5334 einen unseligen Höhepunkt erreicht zu haben⁹⁶.

Die vierte Regierung De Gasperi mußte also ein schweres wirtschaftliches Erbe antreten; nach den vorausgegangenen glücklosen Unternehmungen versuchte sie, die Probleme mit ganz anderen Mitteln zu lösen. Der neue Plan wurde ihr vom Theoretiker des Wirtschaftsliberalismus Luigi Einaudi nahegelegt, dem Vizepräsidenten und Budgetminister. Wie er ein Jahr später dem Sozialisten Calosso erklären sollte, der eigentliche Liberalismus habe nichts zu tun mit der abgegriffenen Formel „laissez faire, laissez passer“, sondern er sei eine Methode, mit der man „die Gründe, die Fälle und die Grenzen des staatlichen Eingriffs präzisieren“ könne⁹⁷ – so schickte er sich nun zu einem energischen Eingriff an, der ein Hauptziel hatte: die Lira zu retten, ungeachtet des sehr hohen Preises, den diese Operation kostete.

⁹⁶ F. Chabod, a. a. O., S. 82 P.

⁹⁷ L. Einaudi, *Lo scrittoio del presidente*, 1948–1955, Torino (Einaudi) 1956, S. 9.

Einaudi erlegte Industrie und Handel drastische Kreditrestriktionen auf; er versuchte dann, einen Teil der für die Industrie bestimmten Gelder ins Schatzministerium zurückzuleiten, indem er anordnete, daß Überschüsse der Banken (oberhalb einer recht eng gesteckten Grenze) in Staatsanleihen investiert werden müßten. Der Inflation, die die Produktion begünstigt hatte und die Aktienkurse himmelhoch hatte steigen lassen (von Februar bis April hatten die wichtigsten zwischen 10 und 30 % Gewinn gebracht), folgte nun ein deflationistischer Engpaß, der die Produktion schrumpfen und die Aktienkurse stürzen ließ. Man errechnete, daß im September und Oktober 1947 die Aktien 40 bis 60 % ihres Marktwertes verloren, und das traf vor allem diejenigen Kreise, die als „Spekulationsklüngel“ an den Börsen bekannt waren. Die Lager waren mit Waren gefüllt worden in der Hoffnung auf einen Preisanstieg. Nun leerten sie sich zwangsläufig, so daß nach und nach langvermißte Güter auf den Markt strömten, zu Preisen, die eher sinkende Tendenz hatten.

Merzagora als Außenhandelsminister genehmigte den zollfreien Import von Nahrungsmitteln und zwang exportiertes Kapital zur Rückkehr; das brachte den zweifachen Vorteil einer Verbesserung der Zahlungsbilanz und einer Senkung der Preise für lebenswichtige Güter im Inneren. Damit war das Ende des „schwarzen Marktes“ gekommen.

Der Hilfsplan für Europa – der vom amerikanischen Staatssekretär und ehemaligen Stabschef General Marshall geplant und geleitet und Italien am 9. Juni 1947 mitgeteilt wurde – war nicht nur die Anerkennung Washingtons für die politische Wende, die De Gasperi herbeigeführt hatte. Er begünstigte auch die von Einaudi eingeschlagene deflationistische Politik durch beschleunigte Gewährung vorgesehener Finanzanleihen und das Versprechen unbegrenzter Lieferungen (und bewahrte so diese Politik vor allzu großen Risiken)⁹⁸.

Der Marshallplan hatte die italienische Wirtschaft gerettet (der es sehr schwer gefallen wäre, aus dem Engpaß herauszukommen, in den sie Kriegszerstörungen, zwei militärische Besetzungen nacheinander und das Fehlen einer konsequenten Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit hatten geraten lassen). Er rettete vor allem aber auch die Democrazia Christiana vor dem Scheitern ihres Führungsanspruchs im Land. Die Deckung des Zahlungsbilanzdefizits – die man Italien ebenso wie den anderen Empfängern der Marshallhilfe garantierte – war eine nicht unbedeutende Rückversicherung gegen mögliche Schicksalsschläge. Deshalb beeilte sich De Gasperi angesichts des Auseinanderfallens der Welt in zwei Blöcke, den Friedensvertrag abzuschließen und ihn von der Verfassungsgebenden Versammlung verabschieden zu lassen, denn er sah sich genötigt, Amerika die von ihm geforderten Garantien auf politischer Ebene zu geben, die wirtschaftlich zurückbezahlt werden sollten.

Als de Gasperi die Zusammenarbeit mit den Linken verweigerte, hatte er trotz allem eine große Verantwortung auf sich genommen. Wenn es ihm nämlich nicht

⁹⁸ Vgl. F. Chabod, a. a. O., S. 178 ff.; F. Catalano, a. a. O., S. 780 ff.

gelingen wäre, das politische und wirtschaftliche Chaos aufzuhalten, hätte er den Sozial-Kommunisten neuen Auftrieb gegeben, die im Lande nichts unversucht ließen, ihre Handlungsmöglichkeit zurückzugewinnen⁹⁹. Die deflationistische Politik rettete zwar die Währung, hatte aber eine ernste Kehrseite: mit dem Stillstand des Produktionsaufschwungs sahen sich viele kleinere und mittlere Betriebe gezwungen, sich zu verkleinern, und die Confindustria (der Dachverband der industriellen Arbeitgeberschaft) forderte die Aufhebung des Kündigungsstopps. Die Massen waren verzweifelt und griffen die Geschäftsstellen der Democrazia Christiana an. Währenddessen entstanden auch wieder faschistische Bewegungen, die sich direkt auf die unglückseligen Irrlehren des untergegangenen Regimes beriefen; sie nahmen bei den unzufriedenen Rechten den Platz ein, den kurz vorher noch der in Auflösung begriffene „Uomo Qualunque“ innegehabt hatte.

Im Bereich der sozialen Reformen blieb alles beim alten. Die programmatische Rede De Gasperis, die Vorstöße nach links versprach, wie z. B. eine Einigung über die Betriebsräte, ließ keinen guten Ausgang erwarten angesichts der Mittel und Männer der Rechten, deren sich De Gasperi bedienen mußte, um sie in die Tat umzusetzen. Probleme wie die Frage staatlicher Eingriffe in Unternehmen, die Kontrolle der Monopole, die Neuordnung des Mezzogiorno, wurden mehr oder weniger definitiv vertagt. In der Steuerpolitik gab sich der Fiskus, nachdem man eine Währungsreform endgültig aufgegeben hatte, mit einer außerordentlichen Vermögenssteuer zufrieden (die das ehemalige Mitglied des Partito d'azione Ugo La Malfa als Vorsitzender des Schatz- und Finanzausschusses im Juli vor der Versammlung mit einem Text verteidigte, der um vieles strenger war als das ursprüngliche Regierungsprogramm). Die Arbeiter- und Bauernmassen konnte man mit einem Kündigungsstopp, der gewerkschaftlichen Möglichkeit zur Zwangseinstellung von Arbeitskräften und der Verlängerung der Agrarverträge beruhigen.

Ende 1947 war die Inflation endgültig unter Kontrolle; der Wirtschaft eröffneten sich günstige Ausblicke, im Bereich der Elektroenergie, der Metall- und stahlverarbeitenden Industrie und im Schiffsbau ließen sich industrielle Fortschritte verzeichnen. Italien, einbezogen in den Block der Westmächte, hatte immerhin die Sicherheit, nicht Hungers sterben zu müssen, und das Bürgertum hatte weniger Grund zu der Befürchtung, in ein umstürzlerisches Abenteuer hineingerissen zu werden. Der Friedensvertrag, der Italien eine sichere Position innerhalb der westlichen Welt einräumte, wurde von der Verfassunggebenden Versammlung nach einer stürmischen Debatte am 31. Juli 1947 ratifiziert.

Die absolute Mehrheit für die DC

Das Jahr 1947, eines der sorgenvollsten der Nachkriegszeit, endete mit dem Abschluß der Arbeiten der Verfassunggebenden Versammlung und mit der Annahme der italienischen Verfassung – einer der fortschrittlichsten in Europa, deren An-

⁹⁹ Vgl. G. Mammarella, a. a. O., S. 15 ff.

wendung aber auch am unsichersten war, weil die Ausführungsbestimmungen fehlten, deren Erarbeitung selbst zu übernehmen sich die Verfassunggebende Versammlung bekanntlich geweigert hatte. „Um die Linkskräfte für die ausgebliebene Revolution zu entschädigen“ – bemerkte der Jurist Calamandrei –, „wideretzten sich die Rechtskräfte nicht, in die Verfassung auch ein revolutionäres Versprechen aufzunehmen.“¹⁰⁰

Hoffnungen und Versprechungen blieben auch in der folgenden Legislaturperiode das, was sie waren. Sie hätte eigentlich ja dafür sorgen sollen, einer noch irrenden Seele in einen Leib zu verhelfen, aber sie wurde von Calamandrei (er schrieb das 1954) als das „Jahrfünft der Nichterfüllung“ bezeichnet, auf das im Grunde viele andere ähnliche Jahrfünfte folgten, denn der „Geist des Aufschubs“, der für die Verfassunggebende Versammlung kennzeichnend war, sollte auch in der Folgezeit seine lähmende Wirkung unablässig weiter ausüben. Es gab nun zwar die Republik und mit ihr das Verfassungsgericht, aber die Gesetzbücher der faschistischen Zeit und ein großer Teil der alten Vorschriften helfen heute – nach 25 Jahren – immer noch mit, ein zweideutiges anachronistisches Weiterleben dieses Regimes zu verewigen. An einem gewissen Punkt dieser nicht gerade lobenswerten Rechtsgeschichte der neuen Republik schien es, als habe die Verfassung *de facto* und nicht nur im Wort die Kontinuität des alten Staates sanktioniert, den der Widerstand hatte zu Grabe tragen wollen. Es schien wirklich so – wie jemand gesagt hat –, daß in der italienischen Republik das italienische Königreich weiterlebte.

Vor den Wahlen für das erste Parlament der Republik wurde der Kampf im Land noch lautstärker; er spiegelte die Aufspaltung in feindliche Blöcke, die die Welt mit immer neuen Maßnahmen anheizte (Kominform gegen Marshallplan), in einen sich verschärfenden Konflikt, der die Friedliebenden aufschreckte und die Militanten aufrieb. Als erstes schickten sich die Kommunisten an, eine Volksfront oder Volksblöcke bei den Gemeindewahlen in Rom im November 1947 zu erproben. Die noch weiter ausgebaute Volksfront präsentierte sich bei den Parlamentswahlen im April 1948 mit Einheitslisten aus Kommunisten, Nenni-Sozialisten und kleineren Gruppen und Persönlichkeiten der antifaschistischen Linken. Ihnen gegenüber stand die Regierungskoalition – schon im Dezember um Republikaner und Sozialdemokraten erweitert –, die in der Hitze des Gefechts ihren antikommunistischen Charakter noch mehr herausstellte, ja dramatisierte und sogar in den Erklärungen des Innenministers Scelba als zentrales Faktum der italienischen Politik ausgab¹⁰¹.

Die Bedeutung dieses Kreuzzuges, in dem sich die Sorge um die Freiheit mit allen Äußerungen des Widerwillens der engstirnigsten konservativen Schichten ver-

¹⁰⁰ Piero Calamandrei, *La costituzione e le leggi per attuarla*, in: *Dieci anni dopo*, a. a. O., S. 215; für eine ausgewogene Behandlung der Verfassung vgl. P. Calamandrei und P. Levi, *Commentario sistematico alla Costituzione italiana*, 2 Bde., Firenze 1950, und als volkstümliches Werk A. Galante Garrone, *Questa nostra repubblica*, a. a. O.

¹⁰¹ L. Valiani, *Il problema politico*, a. a. O., S. 87.

mischte, wurde durch die russische Operation in der Tschechoslowakei unterstützt, wo die örtliche kommunistische Partei, die nicht die Mehrheit hatte, im Februar mit einem von außen unterstützten Staatsstreich die Macht übernehmen konnte, – eine Operation, die keinerlei Rücksicht auf die Lage der Kommunisten im Westen nahm. Auch das Versprechen Washingtons, Londons und Paris', sich für die baldige Rückkehr Triests in den italienischen Hoheitsbereich zu verwenden, trug dazu bei, die Befürworter des westlichen Blocks zu stärken.

Der Erfolg der DC bei den Wahlen vom 18. April 1948 war erdrückend, denn ihr hatten nicht nur die große Masse der traditionsgebundenen Katholiken ihre Stimmen gegeben, sondern auch all die reichschattierten Strömungen, die sich aus unterschiedlichen Gründen – manchmal sogar entgegengesetzten – in der Notwendigkeit zusammenfanden, das Land gegen Abenteuer zu schützen, wie sie den Volksdemokratien in Osteuropa zugestoßen waren. Das führte zu einem Erregungszustand aller, in dem Vernunft und Glaube sich nicht mehr unterscheiden ließen.

Die DC erhielt mit 48,5 % der Stimmen 304 Sitze in der Abgeordnetenkammer, die absolute Mehrheit von 574 Abgeordneten; die Volksfront erreichte 31 % mit 183 Abgeordneten und einem klaren – übrigens vorauszusehenden – Übergewicht der Kommunisten gegenüber den Sozialisten. Im Senat war die Mehrheit der DC wegen der Senatoren ex officio nicht absolut, aber immer noch sehr hoch.

Die immerhin motivierte Entscheidung der Wählerschaft sollte bestimmend sein für alle kommenden Jahre der italienischen Demokratie. Man hatte die DC zu ihrem Stützfeiler gemacht, ohne noch irgendeine andere Möglichkeit im Spiel der Kräfte zu erkunden. Der Austausch der Kräfte war so lange möglich gewesen, wie Italien von allen Strömungen innerhalb des CLN regiert wurde. Noch bei der Ratifizierung des Friedensvertrags im Juli 1947 hatte es Stimmen gegeben, die meinten, daß Saragat mit all denen, die die Ratifizierung verweigerten, die Kräfte und all die Erwartungen eines unruhigen Italiens hätte hinter sich bringen können, um De Gasperi als Ministerpräsident zu ersetzen.

Aber nach dem 18. April 1948 wäre es der Wählerschaft – die sich aus den genannten Gründen in all den folgenden Jahren als eine der stabilsten in Europa erweisen sollte – unmöglich gewesen, zwischen verschiedenen politischen Richtungen und Blöcken zu wählen, abgesehen von einigen unbedeutenden Schwankungen nach rechts oder links um ein immer mehr von den überwiegend katholischen Kräften bestimmtes Zentrum. Der politische Dialog erschöpfte sich so im vergeblichen Anprall gegen eine psychologische Mauer, durch die extremistische Abenteuerer schwerlich hindurchkamen.

Die Präsenz einer großen kommunistischen Partei – die aber nur in einer besonderen Lage der Weltpolitik eine Machtalternative ohne Umkehr hätte darstellen können – war belastet von einer sozialistischen Partei, die den gemeinsamen Aktionspakt mit den Kommunisten allzu oft erneuert hatte, um der Wählerschaft noch glauben machen zu können, eine neue, andere Kraft geworden zu sein – frei von möglichen Rückfällen. Bis heute ist es für die Italiener – trotz des hohen Industrialisierungsgrades des Landes – müßig geblieben, auf eine moderne und

mündige Demokratie zu hoffen, die sich nicht vor einer lebhaften und konstruktiven Dynamik der parlamentarischen Auseinandersetzung fürchtet. Schon beim ersten Anflug umstürzlerischer Absichten verkriecht sich das Land eilends unter die schützenden Flügel der großen katholischen Partei, die allein die marxistische Expansion so groß hat werden lassen und die das Risorgimento weder als Regierungskraft gekannt, noch als Protagonist bei der Einigung des Landes geschätzt hatte.